

Demontagen in der Sowjetischen Besatzungszone und in Berlin 1945 bis 1948

Sachthematisches
Archivinventar

Herausgegeben von
Klaus Neitmann und Jochen Laufer

Bearbeitet von Klaus Jochen Arnold



Demontagen in der Sowjetischen Besatzungszone
und in Berlin 1945 bis 1948

VERÖFFENTLICHUNGEN DES
BRANDENBURGISCHEN LANDESHAUPTARCHIVS

Begründet von Friedrich Beck
Herausgegeben von Klaus Neitmann

Band 61

Demontagen in der Sowjetischen Besatzungszone und in Berlin 1945 bis 1948

Sachthematisches Archivinventar

Im Auftrag des Brandenburgischen Landeshauptarchivs
und des Zentrums für Zeithistorische Forschung
herausgegeben von Klaus Neitmann und Jochen Laufer

Bearbeitet von Klaus Jochen Arnold



BWV • BERLINER WISSENSCHAFTS-VERLAG

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8305-2921-7

© 2014

BWV • BERLINER WISSENSCHAFTS-VERLAG GmbH
Markgrafenstraße 12–14, 10969 Berlin
E-Mail: bwv@bwv-verlag.de, Internet: <http://www.bwv-verlag.de>
Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen,
der photomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Inhaltsverzeichnis

Zur Einführung	XIII
Einleitung	XXI
Streit um die Reparationspolitik	XXI
Die sowjetischen Demontagen 1945–1948	XXV
Forschung zu den Demontagen	XXIX
Überlieferung in den Archiven	XXXI
Bestandsanalyse	XXXIV
Methoden der Erfassung und Verzeichnung	XXXIX
Nutzung des Inventars	XLI
Archive und Bestände	XLIII
Abkürzungen	XLV
A. Generalia	1
1. Demontagen in der SBZ	3
1.1. Stand und Folgen der Demontagen	3
1.1.1. Meldungen und Berichte	3
1.1.2. Pressemeldungen und -artikel	4
1.1.3. Konferenzen, Erklärungen und Bewertungen	5
1.1.4. Grundsätzliche Fragen und Anweisungen	7
1.1.5. Demontagen im Bergbau und der Kohlen- und Brennstoffindustrie	8
1.1.6. Demontagen in anderen Industriezweigen	13
1.1.7. Folgen der Demontagen	15
1.1.8. Einsprüche gegen Demontagen	17
1.1.9. Transport von Demontagegut	19
1.1.9.1. Organisation und Stand der Transporte	19
1.1.9.2. Transportbrigaden und Fernkolonnen	21
1.1.9.3. Abrechnung von Transportleistungen	22
1.1.9.4. Versandbücher und Frachtbriefe	24
1.2. Arbeitskräfte für Demontagen	24
1.2.1. Gestellung und Lenkung von Arbeitskräften	24
1.2.2. Löhne, Sozialleistungen und Rechtsfragen	27
1.2.3. Verpflegung von Demontagearbeitern	28
1.2.4. Zustände bei Demontageeinsätzen	29
1.2.5. Arbeitsunfälle	29
1.3. Finanzierung und Kosten der Demontagen	30
1.3.1. Grundlegende Anweisungen	30
1.3.2. Aufwendungen für Demontagen	31
1.3.3. Anrechnung von Demontagen und Frage der Entschädigung	32
1.3.4. Konten, Schulden und Kredite demontierter Betriebe	35
1.3.5. Reparationsschädenkartei für die SBZ des Bundesamtes für Wirtschaft	35

1.4. Demontage von Kabeln, Eisenbahn- und Fernmeldeanlagen	38
1.4.1. Demontage von Kabeln und Fernmeldeanlagen	38
1.4.1.1. Organisation und Stand der Demontage	38
1.4.1.2. Gestellung von Arbeitskräften	42
1.4.1.3. Finanzierung der Arbeiten	42
1.4.1.4. SMA(D)-Befehle und Schreiben	43
1.4.1.5. Listen und Aufstellungen	45
1.4.2. Demontage von Eisenbahngleisen	46
1.5. Listen, Aufstellungen, Fragebögen, Stammkarten	50
1.5.1. Demontagelisten der Länder	50
1.5.2. Listen demontierter Betriebe	51
1.5.3. Demontagen in Industriezweigen u.ä.	52
1.5.4. Stammkarten und Fragebögen	53
1.6. Demontage und Verwendung von Wehrmachts-, Rüstungsobjekten und Trophäenlagern sowie Betrieben und Einrichtungen	54
2. Demontagen in Berlin	56
2.1. Stand und Folgen der Demontagen	56
2.1.1. Stand der Demontagen	56
2.1.2. Verlagerung von Betrieben und Maschinen	58
2.1.3. Einsprüche gegen Demontagen	58
2.1.4. Demontagen in den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung	60
2.2. Arbeitskräfte für Demontagen	60
2.3. Finanzierung und Kosten der Demontagen	61
2.4. Listen, Aufstellungen, Fragebögen, Stammkarten	63
2.5. Demontage und Verwendung von Wehrmachts-, Rüstungsobjekten und Trophäenlagern sowie Einrichtungen	63
3. Demontagen in Brandenburg	64
3.1. Stand und Folgen der Demontagen	64
3.1.1. Befehle, Anweisungen und Demontagemeldungen	64
3.1.2. Demontagen in den Industriezweigen	65
3.1.2.1. Textilindustrie	65
3.1.2.2. Bergbau, Kohlen- und Brennstoffindustrie	66
3.1.2.3. Maschinenbau, Energiewirtschaft u. a.	67
3.1.3. Einsprüche gegen Demontagen	68
3.1.4. Folgen der Demontagen	68
3.1.5. Demontagen und der Wiederaufbau	69
3.2. Arbeitskräfte für Demontagen	69
3.2.1. Gestellung und Lenkung von Arbeitskräften	70
3.2.2. Löhne, Sozialleistungen und Rechtsfragen	72
3.2.3. Verpflegung der Demontagearbeiter	72
3.2.4. Abzug von Kräften durch Demontagen	73
3.2.5. Arbeitsunfälle	74

3.3. Finanzierung und Kosten der Demontagen	74
3.4. Demontage von Kabeln, Eisenbahn- und Fernmeldeanlagen	75
3.4.1. Demontage von Kabeln und Fernmeldeanlagen	75
3.4.1.1. Organisation und Stand der Demontagen	75
3.4.1.2. Gestellung von Arbeitskräften	76
3.4.1.3. Finanzierung der Arbeiten	76
3.4.1.4. SMA(D)-Befehle und -Schreiben	77
3.4.1.5. Listen und Aufstellungen	77
3.4.2. Demontage von Eisenbahnstrecken und -anlagen	78
3.5. Listen, Aufstellungen, Fragebögen, Stammkarten	79
3.5.1. Listen demontierter Betriebe	79
3.5.2. Listen zu Demontagen in Industriezweigen u.ä.	83
3.5.3. Fragebögen und Stammkarten mit Angaben zu Demontagen	84
3.6. Demontage und Verwendung von Wehrmachts- und Rüstungsobjekten, Trophäenlagern und Betrieben	86
3.6.1. Demontage und Übernahme von Wehrmachts- und Rüstungsobjekten	86
3.6.2. Trophäenlager	89
4. Demontagen in Mecklenburg-Vorpommern	93
4.1. Stand und Folgen der Demontagen	93
4.1.1. Meldungen über den Stand der Demontagen	93
4.1.2. Demontagen in den Industriezweigen	94
4.1.3. Einsprüche gegen Demontagen	95
4.1.4. Folgen der Demontagen	96
4.1.5. Demontagen und der Wiederaufbau	96
4.2. Arbeitskräfte für Demontagen	97
4.2.1. Gestellung und Lenkung von Arbeitskräften	97
4.2.1.1. Anforderung und Gestellung von Kräften	97
4.2.1.2. Gestellung von Kräften in Berichten der Arbeitsämter	103
4.2.1.3. Probleme bei der Gestellung	106
4.2.1.4. Verpflichtung deutscher Spezialkräfte für den Einsatz in der Sowjetunion	107
4.2.1.5. Listen und Aufstellungen	108
4.2.2. Löhne, Sozialleistungen und Rechtsfragen	109
4.2.3. Verpflegung von Demontagearbeitern	110
4.2.4. Zustände bei Demontageeinsätzen	111
4.2.5. Abzug von Arbeitskräften durch Demontagen	115
4.2.6. Bestrafung von Demontagearbeitern	116
4.3. Finanzierung und Kosten der Demontagen	117
4.3.1. Grundlegende Anweisungen	117
4.3.2. Aufwendungen für Demontagen	117
4.3.3. Anrechnung von Demontagen und Frage der Entschädigung	118
4.3.4. Konten, Schulden und Kredite demontierter Betriebe	119

4.4. Demontage von Kabeln, Eisenbahn- und Fernmeldeanlagen	120
4.4.1. Demontage von Kabeln und Fernmeldeanlagen	120
4.4.2. Demontage von Eisenbahnstrecken und -anlagen	120
4.5. Listen, Aufstellungen, Fragebögen, Stammkarten	123
4.5.1. Listen demontierter Betriebe	123
4.5.2. Listen zu Demontagen in Industriezweigen u.ä.	126
4.5.3. Betriebsstammkarten mit Angaben zu Demontagen	126
4.5.4. Fragebögen mit Angaben zu Demontagen	130
4.6. Demontage und Verwendung von Wehrmachtobjekten, Rüstungs- betrieben, Trophäenlagern sowie Betrieben	130
4.6.1. Demontage und Übernahme von Wehrmachtobjekten und Rüstungsbetrieben	130
4.6.2. Verhinderung der Demontage (Sprengung) und Wiederaufbau	136
4.6.3. Trophäenlager	137
4.6.4. Listen und Aufstellungen	138
5. Demontagen in Sachsen	140
5.1. Stand und Folgen der Demontagen	140
5.1.1. Meldungen, Berichte und Besprechungen	140
5.1.2. Richtlinien und Anweisungen	144
5.1.3. Beurteilung der Demontagen durch Angehörige der Landesverwaltung	146
5.1.4. Demontagen in Ausarbeitungen, Presseartikeln u.ä.	148
5.1.5. Demontagen in den Industriezweigen	149
5.1.5.1. Elektroindustrie	149
5.1.5.2. Feinmechanik-Optik	152
5.1.5.3. Bergbau, Kohlen- und Brennstoffindustrie	155
5.1.5.4. Erzbergbau	158
5.1.5.5. Fahrzeugbau	159
5.1.5.6. Demontagen, Wiederanlauf und Produktionsauflagen im Maschinenbau	162
5.1.5.7. Papier- und Druckindustrie	178
5.1.5.8. Textilindustrie u. a.	179
5.1.6. Einsprüche gegen Demontagen und Beschwerden	181
5.1.7. Folgen von Demontagen	183
5.1.8. Wiederanlauf demontierter Betriebe	188
5.1.9. Produktions- und Anlaufgenehmigungen mit Angaben zu Demontagen	192
5.2. Arbeitskräfte für Demontagen	193
5.2.1. Anweisungen, Richtlinien, SMA(D)-Befehle/-Schreiben	193
5.2.2. Gestellung von Arbeitern durch die Arbeitsämter	194
5.2.3. Löhne, Sozialleistungen und Rechtsfragen	203
5.2.4. Verpflegung von Demontagearbeitern	205
5.2.5. Demontagen und Reparationsaufträge	205

5.3. Finanzierung und Kosten der Demontagen	206
5.3.1. Richtlinien, Befehle und Anweisungen	206
5.3.2. Begleichung von Demontagekosten	207
5.3.3. Anrechnung von Demontagen und Frage der Entschädigung	209
5.3.4. Konten, Schulden und Kredite demontierter Betriebe	211
5.4. Demontage von Kabeln, Eisenbahn- und Fernmeldeanlagen	213
5.4.1. Demontage von Kabeln und Fernmeldeanlagen	213
5.4.2. Demontage von Eisenbahnstrecken und -anlagen	216
5.5. Listen, Aufstellungen, Fragebögen, Stammkarten	217
5.5.1. Listen demontierter Betriebe	217
5.5.2. Listen zu Demontagen in Industriezweigen u. ä.	220
5.5.3. Fragebögen mit Angaben zu Demontagen	224
5.5.4. Geschäftstagebücher mit Eingängen zu Demontagen	225
5.6. Demontage und Verwendung von Wehrmachts- und Rüstungsobjekten, Trophäenlagern und Betrieben	226
5.6.1. Demontage, Zerstörung und Verwendung ehemaliger Rüstungsbetriebe	226
5.6.2. Übernahme von Wehrmachtsobjekten, demontierten Betrieben und Einrichtungen	228
5.6.3. Verhinderung der Demontage (Sprengung) und Wiederaufbau	229
5.6.4. Trophäenlager	230
6. Demontagen in Sachsen-Anhalt	235
6.1. Stand und Folgen der Demontagen	235
6.1.1. Stand der Demontagen	235
6.1.2. Befehle, Anweisungen und Besprechungen	238
6.1.3. Demontagen in den Industriezweigen	243
6.1.3.1. Bergbau, Kohlen- und Brennstoffindustrie	243
6.1.3.2. Energie- und Wasserversorgung	246
6.1.3.3. Zuckerindustrie	249
6.1.3.4. Metallurgie, Maschinen- und Fahrzeugbau, Bauindustrie	249
6.1.3.5. Andere	250
6.1.4. Einsprüche gegen Demontagen	252
6.1.5. Folgen der Demontagen	255
6.1.6. Demontagen und der Wiederaufbau	259
6.2. Arbeitskräfte für Demontagen	264
6.2.1. Gestellung und Lenkung von Arbeitskräften	264
6.2.2. Löhne, Sozialleistungen und Rechtsfragen	270
6.2.3. Verpflegung von Demontagearbeitern	272
6.2.4. Demontageeinsätze	274
6.2.5. Abzug von Arbeitskräften durch Demontagen	275
6.3. Finanzierung und Kosten der Demontagen	277
6.3.1. Richtlinien, Befehle und Anweisungen	277
6.3.2. Begleichung von Demontagekosten	278

6.3.3. Anrechnung von Demontagen und Frage der Entschädigung	279
6.3.4. Konten, Schulden und Kredite demontierter Betriebe	283
6.4. Demontage von Kabeln, Eisenbahn- und Fernmeldeanlagen	285
6.4.1. Demontage von Kabeln und Fernmeldeanlagen	285
6.4.2. Demontage von Eisenbahnstrecken	288
6.5. Listen, Aufstellungen, Fragebögen, Stammkarten	289
6.5.1. Listen demontierter Betriebe	289
6.5.2. Listen zu Demontagen in Industriezweigen u.ä.	293
6.5.3. Listen und Aufstellungen zu Betrieben der Industrie-Werke Sachsen-Anhalt	297
6.5.4. Aufstellungen zu Folgen der Demontagen	299
6.5.5. Fragebögen mit Angaben zu Demontagen	300
6.6. Demontage und Verwendung von Wehrmachts- und Rüstungsobjekten, Trophäenlagern und Betriebseinrichtungen	301
6.6.1. Demontage und Verwendung von Rüstungsbetrieben, Wehrmachtobjekten und Betriebseinrichtungen	301
6.6.2. Trophäenlager	305
7. Demontagen in Thüringen	307
7.1. Stand und Folgen der Demontagen	307
7.1.1. Stand der Demontagen	307
7.1.2. Demontagen in den Industriezweigen u. ä.	311
7.1.3. Demontagen und der Wiederaufbau in den Kreisen und Städten	313
7.1.4. Einsprüche gegen Demontagen	318
7.1.5. Folgen von Demontagen	320
7.1.6. Demontagen und Sequestrierung	321
7.1.7. Wiederaufbau demontierter Betriebe	322
7.1.8. SMA(D)-Befehle und -Schreiben	323
7.2. Arbeitskräfte für Demontagen	323
7.2.1. Anforderung und Gestellung von Demontagearbeitern	323
7.2.2. Gestellung und Lenkung in Berichten der Arbeitsämter	327
7.2.3. Löhne, Sozialleistungen, Rechtsfragen	330
7.2.4. Abtransport von Facharbeitern in die Sowjetunion	330
7.2.5. Abzug von Arbeitskräften durch Demontagen	331
7.2.6. Zustände bei Arbeitseinsätzen	332
7.3. Finanzierung und Kosten der Demontagen	333
7.3.1. Grundlegende Befehle und Anweisungen	333
7.3.2. Aufwendungen für Demontagen	333
7.3.3. Anrechnung von Demontagen und Frage der Entschädigung	335
7.3.4. Konten, Schulden und Kredite demontierter Betriebe	338
7.4. Demontage von Kabeln, Eisenbahn- und Fernmeldeanlagen	340
7.4.1. Organisation und Stand der Demontagen	340
7.4.2. Einsprüche gegen den Abbau	342
7.4.3. Gestellung von Arbeitskräften	343

7.4.4. Listen und Aufstellungen	345
7.4.5. SMA(D)-Befehle und -Schreiben	345
7.5. Listen, Aufstellungen, Fragebögen, Stammkarten	346
7.5.1. Listen demontierter Betriebe	346
7.5.2. Listen zu Demontagen in Industriezweigen u. ä.	348
7.5.3. Fragebögen mit Angaben zu Demontagen	349
7.5.4. Aufstellungen zu von der amerikanischen Besatzungsmacht mitgeführten Werten	349
7.6. Demontage und Übernahme von Wehrmachts- und Rüstungsobjekten, Trophäenlagern und Betrieben	350
7.6.1. Demontage von Kasernen und militärischen Einrichtungen	350
7.6.2. Übernahme von Wehrmachtsobjekten, demontierten Betrieben und Einrichtungen	351
7.6.3. Trophäenlager	353
B. Spezialia	355
1. Berlin	357
2. Brandenburg	365
3. Mecklenburg-Vorpommern	432
4. Sachsen	457
5. Sachsen-Anhalt	544
6. Thüringen	608
Index der Betriebe und Objekte	657
Ortsindex	696

Zur Einführung

Das vorliegende Werk ist das Ergebnis einer engen Zusammenarbeit von Archivaren und (Zeit)Historikern. Es verdankt seinen Anstoß intensiven geschichtswissenschaftlichen Forschungen zu einem gewichtigen Vorgang der frühen deutschen Nachkriegsgeschichte nach 1945, von ihren Erkenntnisinteressen und Fragestellungen ist die in seinem Mittelpunkt stehende, mit archivwissenschaftlichen Methoden betriebene Erfassung ungedruckter Quellen geleitet worden – und am Ende des Vorhabens steht die Erwartung, dass die Bereitstellung eines umfangreichen, zuvor weitestgehend unbekanntes archivalischen Quellenfundus künftigen zeithistorischen Untersuchungen neue Anregungen vermitteln und neue Einsichten ermöglichen wird. Die archivarische Inventarisierung von ausgedehnten Überlieferungen zu einem ausgewählten Gegenstand der jüngeren Vergangenheit verspricht umso größere Erträge, je mehr sie in ihren thematischen Recherchen in einer schwierigen Überlieferungslage von dessen klarer historischen Analyse ausgehen kann – und die Beteiligten und Verantwortlichen hoffen, dass die betonte Verzahnung von archiv- und geschichtswissenschaftlichen Ansätzen mit ihren Ergebnissen der folgenden Forschungsdebatte zu nachhaltigen Impulsen verhelfen wird.

Der unvermutete Fund einer außergewöhnlichen Quelle im Moskauer „Archiv für Wirtschaft“ führte im Frühjahr 1998 zur Zusammenarbeit zwischen dem Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) und dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv (BLHA) – beide in Potsdam ansässig. Bei dem aufgefundenen Dokument handelte es sich um den ebenso umfangreichen wie detaillierten Abschlussbericht über die bis Ende 1946 in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) durchgeführten Demontagen. Auf 461 Blatt waren in 104 Tabellen mit jeweils 15 Spalten mehr als 3 500 Objekte erfasst. Aufgeführt wurden dabei Nummer und Datum des Beschlusses der sowjetischen Regierung (des Staatlichen Verteidigungskomitees, des Rats der Volkskommissare oder des Ministerrats der UdSSR) und sonstiger sowjetischer Stellen, die Namen der einzelnen Objekte, ihr Standort, unvollständige Angaben zu ihrer Kapazität (u. a. Zahl der Beschäftigten, Jahresproduktion), die Anzahl der entnommenen Ausrüstungen und Materialien, deren Gesamtgewicht (in Tonnen) und der Bestimmungsort in der UdSSR, zu dem die Anlagen abtransportiert werden sollten. Mit dieser Unterlage lag erstmals eine Bilanz der sowjetischen Demontagen vor. Zu diesem Zeitpunkt war kein vergleichbares Zeugnis bekannt, in dem so vollständig verzeichnet ist, was bis zum Herbst 1946 auf sowjetischen Befehl in Deutschland demontiert worden war, um die von Deutschen im Zweiten Weltkrieg verursachten Schäden wiedergutzumachen. Bis dahin konnte die Existenz eines solchen Gesamtverzeichnis nicht vermutet werden. Denn eine detaillierte Abrechnung ihrer Reparationsentnahmen hatte die UdSSR stets abgelehnt. Lediglich nicht verifizierbare Angaben zu deren Gesamtwert wurden seit 1948 von ihr vorgelegt. Es entstand der Eindruck, die UdSSR selbst habe die Übersicht über die Entnahmen aus ihrem Besatzungsgebiet verloren. All dies sprach für eine sorgfältige Auswertung dieses Dokuments. Dabei war von Anfang an klar, dass die darin in kyrillischer Umschrift wiedergegebenen Firmen- und Ortsnamen einer gründlichen Verifikation bedurften, um analysiert und möglicherweise veröffentlicht werden zu können.

Genau dies war der Ausgangspunkt der Zusammenarbeit zwischen Dr. Klaus Neitmann, dem Direktor des BLHA, dessen Mitarbeiter Torsten Hartisch, Prof. Christoph Kleßmann, dem Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung (1996–2004), und dessen Mitarbeiter Dr. Jochen Laufer, der das Dokument in Moskau ermittelt, vollständig kopiert und dessen elektronische Erfassung durch Volker Beyes (†) organisiert hatte. Zur Identifizierung der angesprochenen Objekte wurden 1998 zunächst Anfragen an die Landesarchive auf dem Gebiet der früheren SBZ und Berlins, die in ihren Beständen Unterlagen zu den Demontagen aufbewahren, gestellt. Bei der Auswertung ihrer Antworten stellte sich schnell heraus, dass keines der angeschriebenen Archive die Durchführung der dazu nötigen aufwändigen Recherchen würde übernehmen können. Gleichzeitig riet die hilfsbereite Direktorin des Wirtschaftsarchivs der Russischen Föderation, Elena Tjurina, von einer Veröffentlichung dieses Dokuments ab. Sie verwies nicht zu Unrecht darauf, dass der Bericht zwar eine Vorstellung über das Ausmaß der Ausfuhr demontierter Ausrüstungen aus Deutschland gebe, doch keine Angaben enthalte, wie viele dieser Ausrüstungen an den Zielorten der UdSSR letztendlich eingetroffen seien. Doch das Interesse, diesen Bericht für die Forschung dauerhaft nutzbar zu machen, wuchs, als deutsche und russische Historiker auf seiner Grundlage Spezialuntersuchungen mit Unterstützung der Fritz Thyssen Stiftung anfertigten.¹

Nun lag der Gedanke nahe, die Verifikation der deutschen Schreibweisen mit der Erstellung eines „flächendeckenden“ Inventars der Unterlagen zu den sowjetischen Demontagen in der SBZ und Berlin in den angesprochenen deutschen Archiven zu verbinden. Schon bei den ersten Vorbesprechungen zeichneten sich die Schwierigkeiten der ursprünglichen Zielsetzung ab, in der es hieß: „Das Ziel des angestrebten Inventars ist es, die Quellsplinter zu der seit 1946 auf ost- und westdeutscher Seite begonnenen Erfassung der ‚Demontageschäden‘ zusammenzuführen.“ Ein solches Vorhaben wäre leicht uferlos geworden. Es musste klar und realistisch eingegrenzt werden. Nach Beratung mit Vertretern des Bundesarchivs und der Landeshauptarchive/Hauptstaatsarchive der Neuen Länder, die ihre Unterstützung zusagten, entschloss sich das BLHA, ein Kooperationsprojekt mit dem ZZF im Rahmen des DFG-Programms zur Förderung „Überregionaler Vorhaben von Archiven“ zu konzipieren. Die Antragsvorbereitungen waren langwierig. Sie erforderten zahlreiche Vorarbeiten, um für die überlieferten Dokumente die beste Verzeichnungs- methode zu entwickeln. An der Entwicklung und Erprobung erfolgsversprechender Verfahren war Dr. Frank Althoff (heute am Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin tätig) maßgeblich beteiligt. Dass der im Juni 2000 gestellte Erstantrag von der DFG zunächst zurückgestellt wurde, „bis die russische Überlieferung in Deutschland zur Verfügung steht und genaue Angaben über das Mengengerüst vorliegen“, entmutigte die Antragsteller nicht, denn natürlich sahen auch sie die etwaige Einbeziehung russischer Dokumente in das Inventar als eine sehr erstrebenswerte Lösung an.

1 Diese Untersuchungen sind veröffentlicht in: Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944–1949. Hintergründe, Ziele und Wirkungen, hrsg. v. Rainer Karlsch u. Jochen Laufer unter Mitarbeit von Friederike Sattler, Berlin 2002.

Erst als Nachfragen beim damaligen Präsidenten des Bundesarchivs, Prof. Dr. Hartmut Weber, die Gewissheit gebracht hatten, dass die Voraussetzungen für die Erarbeitung eines Inventars zu den deutschen und gleichzeitig zu den sowjetischen Demontageunterlagen auf absehbare Zeit nicht zu erwarten seien, entschloss sich die DFG im September 2003, die notwendigen Mittel für die Vorbereitung eines auf die deutsche Ministerialüberlieferung in den Landesarchiven der Neuen Länder und Berlins beschränkten Inventars freizugeben. Nach Überwindung äußerer Schwierigkeiten konnte schließlich Ende 2004 mit Dr. Klaus Jochen Arnold ein Bearbeiter gewonnen werden, der, wie sich erweisen sollte, den Umfang und die Komplexität der archivischen Erschließungsaufgabe zu bewältigen vermochte. In einer sehr engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit mit Torsten Hartisch und den Herausgebern meisterte er die Arbeit in zwei Jahren selbständig und voller Umsicht. Grundlage dafür war die Kooperationsbereitschaft der seit dem Jahr 2000 wiederholt beanspruchten Bundes- und Landesarchive. Die von ihnen gegebenen zielführenden inhaltlichen Hinweise und die von ihnen eingeräumten günstigen Benutzungsbedingungen ermöglichten es dem Bearbeiter überhaupt erst, innerhalb des zur Verfügung stehenden begrenzten Zeitraumes große Überlieferungsmengen zu sichten und aus ihnen die thematisch einschlägigen Akten und Dokumente auszuwählen und zu verzeichnen.

Was kann der Benutzer nun in unserem Archivinventar erwarten und was wird er darin nicht finden? Es ist zunächst auf die Überlieferung deutscher Stellen beschränkt, spiegelt also die Sicht der Betroffenen, der Besiegten des Zweiten Weltkrieges, auf die Maßnahmen einer Siegermacht, der UdSSR, im Bereich ihrer Besatzungszone zur Demontage deutscher Industrieanlagen wider. Die Verhandlungen und Beschlüsse aller Siegermächte wie die Entscheidungsfindung der sowjetischen Seite zu den deutschen Demontagen bleiben ausgespart, dazu hätten Unterlagen aus ihren Archiven einbezogen werden müssen, was zwar im Hinblick auf die russischen Archive besonders wünschenswert gewesen wäre und auch wie bemerkt erwogen wurde, was aber vor einem guten Jahrzehnt wegen deren nur sehr begrenzten Zugänglichkeit schließlich ausgeschieden werden musste. Die Quellenauswahl zieht mithin nach sich, dass die Umsetzung der Demontagen in der SBZ auf Grund der Anweisungen der sowjetischen Besatzungsbehörden und die Aktionen und Reaktionen deutscher Stellen auf die ihnen erteilten Vorgaben im Vordergrund stehen.

Für die Erstellung des Inventars musste unter den Archivbeständen der deutschen Behörden in der SBZ eine strikte Auswahl getroffen werden. Die Projektleiter legten sich darauf fest, vorrangig die Überlieferung der Ministerien, also der Ministerpräsidenten und Fachministerien der fünf in der SBZ nach 1945 bestehenden Länder, der Quellenerfassung zugrunde zu legen. Die Länderministerien bildeten gewissermaßen das Scharnier zwischen den von Demontagen betroffenen deutschen Betrieben und Institutionen und den befehlsgebenden und den Prozess überwachenden und kontrollierenden sowjetischen Organen. Die Ministerien hatten einerseits die Anordnungen, die sie von der Sowjetischen Militäradministration für Deutschland bzw. für die einzelnen Länder oder von sonstigen sowjetischen Instanzen erhielten, vor Ort umzusetzen bzw. auf deren Befolgung in den betroffenen Einrichtungen zu achten, andererseits nahmen sie die deutschen Beschwerden und Einsprüche gegen die befohlenen Schritte entgegen und suchten die

Wünsche nach Abmilderung oder gar Aufgabe einzelner Demontagen den sowjetischen Befehlsgebern nahezubringen und zu vermitteln. Infolge ihrer zentralen Stellung im politischen Prozess genießt die Ministerialüberlieferung den Vorteil, dass die in ihren Akten gesammelten Informationen den umfassendsten und dichtesten Überblick über die Demontagemaßnahmen in ihrer Gesamtheit gewähren. Unter den wenigen Beständen, die ausnahmsweise darüber hinaus ausgewertet worden sind, ragen die Industrie- und Handelskammern in den Ländern der SBZ hervor; sie wurden einbezogen, weil sie mit ihren Listen der demontierten Betriebe und ihren Berichten über den Stand der Demontagen ähnliche Überblicke und Zusammenfassungen liefern.

Unter dem zentralen Gesichtspunkt des Inventars, der Umsetzung der Demontagen, wäre es zwar empfehlenswert gewesen und wurde auch in den Debatten des Herausgeberkreises bedacht, die Überlieferungen lokaler Stellen, vornehmlich die der Landratsämter auf Seiten der staatlichen Verwaltung und die der einzelnen von den Demontagen tatsächlich betroffenen Betriebe, auszuwerten. Dadurch hätte die Thematik in Einzelfällen und für Einzelbereiche wegen der verbreiteten Quellengrundlage zwar vertieft werden können, aber für die umfassende Übersicht und die grundsätzlichen Problemen wäre kein nennenswerter Gewinn erzielt worden. Zudem hätte diese zusätzliche archivistische Erschließung mit ihrem Arbeitsvolumen die innerhalb des vorgegebenen Projektzeitraums bestehenden Möglichkeiten bei Weitem überschritten. Immerhin enthalten die Register des Inventars eine wohl annähernd vollständige Zusammenstellung der von den Demontagen betroffenen Betriebe und Orte und schaffen dadurch einen eindeutigen Ausgangspunkt für gezielte betriebs- und ortsgeschichtliche Recherchen in anderen Archivbeständen und Archiven und auch zur Identifizierung der in sowjetischen Dokumenten auftauchenden, dort oftmals verballhornten Namen.

Die größte inhaltliche Schwierigkeit, die sich der Erfassung und Verzeichnung der Quellen in den Archiven entgegenstellte, bestand darin, dass thematisch einschlägige Akten nicht einfach aus den archivischen Findmitteln wegen klarer Hinweise auf Demontagenvorgänge in deren Aktentiteln aufgenommen werden konnten. Denn solche eindeutigen Bezüge waren geradezu Mangelware, ein sinnfälliges Zeichen dafür, dass die Behandlung der deutschen Stellen mit den Demontagen nur ausnahmsweise in einzelnen Spezialakten oder gar in größeren Aktengruppen seinen schriftlichen Niederschlag gefunden hat. In den ermittelten Quellen gibt es recht deutliche Hinweise darauf, wie wenig der sowjetischen Besatzungsmacht daran gelegen war, dass deutsche Stellen mit ihren Unterlagen eine präzise Vorstellung über die Ausmaße der Demontagen im Ganzen und im Einzelnen und über Umfang und Qualität der demontierten Gegenstände erhielten und bewahrten. Angesichts der vielfachen Beschäftigung der deutschen politischen Instanzen wird dieser Gegenstand zwar durchaus ausgiebig in den Aktenvorgängen erwähnt und geschildert, aber ausgesprochene Sachakten, zumal unter dem Leitbegriff „Demontagen“, sind kaum zu finden. Die Demontagen tauchen vielfach in Zusammenhang mit anderen Themen auf und werden dabei nur beiläufig oder auch ausdrücklicher berücksichtigt. Eine Überlieferungsstruktur wie die im Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Rheinland (früher: Hauptstaatsarchiv Düsseldorf), wo große Aktenserien eindeutig und ausschließ-

lich den Demontagen in den großen rheinisch-westfälischen Industrieregionen gewidmet sind und daher einen gezielten Zugriff auf das historische Phänomen ermöglichen und erleichtern,² sucht man in den Landesarchiven der Neuen Länder vergeblich. Von dieser Überlieferungslage sind die Erarbeitung des Inventars und die in ihm dokumentierten Ergebnisse geprägt worden. Der Bearbeiter hatte auf Grund seiner Kenntnis des historischen Gegenstandes und seiner wachsenden Erfahrungen mit der Überlieferung „Fingerspitzengefühl“ dafür zu entwickeln, unter welchen Aktentiteln sich Demontagevorgänge verbergen konnten und in welchen Beständen oder Bestandteilen gewichtige Vorgänge dokumentiert waren. Er hatte abzuwägen und zu entscheiden, welche Erwähnungen in den Akten wegen ihres inhaltlichen Gewichtes in das Inventar aufzunehmen oder welche wegen Beiläufigkeit zu verwerfen waren. Eine Tabelle in der Einleitung verdeutlicht, welche Aktenmengen er überhaupt auf Grund eines „Anfangsverdaches“ im Hinblick auf Demontagen eingesehen hat und wie viele Akten sich tatsächlich als inhaltlich ergiebig erwiesen, so dass sie hier berücksichtigt sind. Diese angedeuteten Gegebenheiten zogen auch nach sich, dass nicht wie in vielen anderen Inventaren einfach die vorgefundenen Aktentitel übernommen und nur neu systematisiert zu werden brauchten. Es galt hier, entweder durch zusätzliche Enthält-Vermerke oder durch neue Aktentitel die die Demontage betreffenden Vorgänge oder Aktenteile sichtbar zu machen. Somit geht die Verzeichnung in vielen Fällen über die Angaben in den Findbüchern zu den einzelnen ausgewerteten Beständen deutlich hinaus.

Eine weitere große Herausforderung für das Inventar lag darin, die aus einigen Archiven und etlichen Beständen ermittelten Einheiten so übersichtlich zu gliedern, dass der Benutzer nicht in der Flut von zusammenhanglos aneinander gereihten Aktentiteln zu ertrinken droht, sondern er durch deren Anordnung schon die Schwerpunkte der Überlieferung und damit zugleich des Gegenstandes erkennt und Orientierung gewinnt, an der es ihm zuvor noch gemangelt haben mag. Eine Anordnung der Akten nach den verwahrennden Archiven auf der obersten Gliederungsstufe bzw. nach den einzelnen Provenienzen, wie von vielen Inventaren praktiziert, schied daher von vornherein aus, weil die angedeuteten Ziele dadurch verfehlt worden wären. Aus eingehenden Überlegungen ist schließlich eine Zweiteilung des Quellenmaterials erwachsen, in Generalia und Spezialia. Die Generalia umfassen die Unterlagen zu den umfassenden Sachthemen, in die die Aufgabe Demontage zerfiel; hier werden die bedeutenden Probleme angesprochen, von denen der gesamte Vorgang bestimmt war. Die Spezialia beinhalten die Demontagemassnahmen in einzelnen Betrieben und Orten. Die Gliederung sucht auch den unterschiedlichen Benutzerinteressen entgegenzukommen, indem die Generalia den Quellenstoff bereitstellen, der vornehmlich der Erforschung der großen Sachgebiete der Demontagen dient, in die sie zerfielen, während die Spezialia die ortsbezogenen Vorgänge in den Mittelpunkt rücken und damit landes-, regional- und lokalgeschichtliche Untersuchungen befördern. Weitere Zugriffsmöglichkeiten bieten, wie schon angedeutet, die beigegebenen Register.

2 Vgl. Dieter Scriverius, Demontagen im Land Nordrhein-Westfalen. Spezialinventar zu den im nordrhein-westfälischen Hauptstaatsarchiv in Düsseldorf vorhandenen Demontageakten, Siegburg 1981.

Die Herausgeber haben vielfachen Dank dafür abzustatten, dass ihre vor etwa 15 Jahren begonnenen ersten Überlegungen und Vorbereitungen zu einem Archivinventar über die sowjetischen Demontagen in der SBZ und in Berlin in der frühen Nachkriegszeit nach mancherlei Stockungen und Hindernissen mit der Veröffentlichung des vorliegenden Bandes zu einem glücklichen Abschluss gediehen sind. Der Dank gilt in erster Linie den Kolleginnen und Kollegen aus dem Bundesarchiv und den Landes(haupt)archiven/Hauptstaatsarchiven der Neuen Länder und Berlins, nämlich dem Landesarchiv Berlin, dem Landesamt für Kultur und Denkmalpflege des Landes Mecklenburg-Vorpommern – Landeshauptarchiv Schwerin, dem Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt – Abteilung Magdeburg, dem Thüringischen Hauptstaatsarchiv Weimar und dem Sächsischen Staatsarchiv – Hauptstaatsarchiv Dresden, die durch mehrfache Beratungen in der Phase der Konzipierung des Vorhabens sowie durch ihre verschiedenartigen Hilfestellungen wie etwa die Erarbeitung und Bereitstellung erster Bestandslisten in der Phase seiner Umsetzung, der Erfassung und Verzeichnung der Unterlagen, zu seinem Zustandekommen einen maßgeblichen Beitrag geleistet haben. Dr. Frank Althoff hat in seinem „Probelauf“ wichtige Erkenntnisse für die Gestaltung der Verzeichnung und die Gliederung der Verzeichnungseinheiten gewonnen. Torsten Hartisch war als Mitarbeiter des BLHA mit seinem archivarischem Sachverstand und in genauer Kenntnis der Überlieferung des Landes Brandenburg 1945–1952 sowohl an den konzeptionellen Debatten über effektive Verzeichnungsmethoden als auch an der Erschließung der Quellen des BLHA andauernd beteiligt. Die Direktoren des ZZf, Prof. Dr. Christoph Kleßmann (bis 2004) und Prof. Dr. Martin Sabrow (seit 2004), haben die Inangriffnahme und Durchführung des Vorhabens von seinen ersten Schritten bis hin zur Vollendung auf vielerlei Weise im Rahmen ihres Institutes gefördert. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat sich von dem ihr eingereichten Antrag überzeugen lassen und durch die Gewährung der erforderlichen Mittel die Durchführung des Projektes ermöglicht. Wenn Dr. Klaus Jochen Arnold an das Ende dieser Danksagung gerückt wird, sei damit zum Ausdruck gebracht, dass alle Anstrengungen nicht zu einem befriedigenden Ergebnis geführt hätten, wenn er nicht die anspruchsvolle, komplexe und vielschichtige archivarisches Aufgabe mit Überblick, Konzentration und Ideenreichtum überzeugend gelöst hätte. Dafür sind ihm die Herausgeber in besonderer Weise verpflichtet.

Ein Archivinventar bezweckt in erster Linie, die einschlägigen Quellen zu einer bestimmten ausgewählten historischen Thematik zu ermitteln – was umso bedeutungsvoller ist, wenn sie wie in unserem Fall auf eine Vielzahl von Beständen verstreut sind und darüber hinaus noch durch die Aktentitelbildung einer einfachen Verzeichnung eher verdeckt als aufgedeckt werden – und diese Quellen nach systematischen Sachgesichtspunkten für den Forscher aufzubereiten, damit er auf der von anderen geschaffenen Voraussetzung einer quantitativ wie qualitativ vorzüglichen Quellenrecherche und auf der Grundlage einer geordneten Gliederung des Quellenstoffes mit seiner historischen Analyse des jeweiligen Gegenstandes anzusetzen vermag. Es ist wohl nicht übertrieben, wenn man feststellt, dass das vorliegende Inventar durch die Bereitstellung eines umfangreichen Quellenfundus aus einer sehr verstreuten und undurchsichtigen Überlieferung die wissenschaftliche Beschäftigung mit den sowjetischen Demontagen auf eine andere, höhere

Ebene hebt und sie für die Zukunft sehr erleichtert. Herausgeber und Bearbeiter werden sich glücklich schätzen, wenn dieser von ihnen angestrebte wesentliche Zweck ihrer Bemühungen von der Forschung erkannt und ihre archivischen Ergebnisse in deren weiteren Arbeiten nachhaltig genutzt werden. Sie werden darüber hinaus das Ziel ihres Inventars noch mehr erfüllt sehen, wenn auch russische Archive ihre Bestände zu den Demontagen in Deutschland nach 1945 in gleicher oder in ähnlicher Weise für die Benutzung verzeichnen. Denn gerade sie bleiben mit ihren Akten zur Thematik unverzichtbar, ist es doch zu deren umfassender Erkenntnis erforderlich, das Handeln der deutschen wie der sowjetischen Seite auf breiter archivalischer Basis nachzuvollziehen. Insofern möge das vorliegende Inventar auch als Wunsch an die russischen Archive verstanden werden, ihre Schätze mit einem entsprechenden Hilfsmittel, das u.U. durch ein neues deutsch-russisches Gemeinschaftsprojekt geschaffen werden und sich forschungsfördernden, ertragreichen Vorgängern der jüngeren Vergangenheit anschließen könnte, für die allgemeine wissenschaftliche Auswertung zu öffnen.

Potsdam, im September 2013

PD Dr. Klaus Neitmann
Brandenburgisches Landeshauptarchiv

Dr. Jochen Laufer
Zentrum für Zeithistorische Forschung

Einleitung

Am 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg mit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht. Seit dem 1. September 1939 waren dem Krieg über 55 Millionen Menschen zum Opfer gefallen, Millionen Wohnungen, Fabriken, Eisenbahnen, Brücken und Straßen in Europa zerstört. Die Siegermächte, die USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich, stimmten darin überein, dass die Deutschen für die enormen Zerstörungen Reparationen leisten sollten. Im Februar 1945 hatten der amerikanische Präsident Franklin T. Roosevelt und der britische Premierminister Winston Churchill mit dem sowjetischen Diktator Josef Stalin in Jalta auf der Krim die territoriale Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen beschlossen. Außerdem einigte man sich grundsätzlich auf die Demilitarisierung des Landes und die Entnazifizierung der Deutschen. Nach dem Sieg sollte eine Konferenz im Potsdamer Cecilienhof im Juli 1945 der weiteren Abstimmung und Klärung wesentlicher Fragen zur Zukunft Deutschlands dienen, auch in der Reparationsfrage mussten grundlegende Vereinbarungen getroffen werden.

Streit um die Reparationspolitik

Am 23. August 1939 unterzeichnete Josef Stalin einen Nichtangriffspakt mit dem Deutschen Reich.¹ Stalin ermöglichte damit Hitler die Entfesselung des Krieges gegen Polen am 1. September 1939.² Erst mit dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 avancierte die Sowjetunion zum Mitglied der Anti-Hitler-Koalition. Hitlers Angriff stärkte zugleich den seit den 1920er Jahren propagierten Mythos der „friedliebenden Sowjetunion“. Großbritannien und die USA beobachteten die Politik der Sowjetunion gleichwohl mit Argwohn; man hatte den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 nicht vergessen und war sich bewusst, dass der sowjetische Diktator, der Millionen Landsleute in den 1930er Jahren verhungern, Hunderttausende in den Säuberungen der 1930er erschießen ließ, im Sinne der westlichen Demokratie eigentlich kein gleichberechtigter Partner sein konnte.³

Es waren aber nicht britische oder amerikanische Armeen, die die Wehrmacht zwischen 1941 und 1944 entscheidend bekämpften, sondern die Rote Armee. Die noch heute für

1 Zu Hitlers Außenpolitik vgl. Schmidt, Rainer F.: Die Außenpolitik des Dritten Reiches 1933–1939, Stuttgart 2002.

2 Vgl. Gorodetsky, Gabriel: Die große Täuschung. Hitler, Stalin und das „Unternehmen Barbarossa“, Berlin 2001; Musial, Bogdan: Kampfplatz Deutschland. Stalins Kriegspläne gegen den Westen, Berlin 2008.

3 Vgl. zur Deutschlandpolitik Stalins jetzt Laufer, Jochen: Pax Sovietica. Stalin, die Westmächte und die deutsche Frage 1941–1945, Köln 2009. Außerdem Roberts, Geoffrey: Stalin's Wars. From World War to Cold War, New Haven 2007; O. Sullivan, Donal: Stalins ‚Cordon sanitaire‘. Die sowjetische Osteuropapolitik und die Reaktionen des Westens 1939–1949, Paderborn 2003.

die westliche Erinnerungskultur in den USA und Europa so bedeutsame Landung in der Normandie am 6. Juni 1944 kostete die britischen, amerikanischen, kanadischen und französischen Truppen Verluste, wie sie nahezu *jeder* Tag des deutsch-sowjetischen Krieges zwischen 1941 und 1945 der Roten Armee brachte. Die Streitkräfte der USA erlitten im Zweiten Weltkrieg auf allen Kriegsschauplätzen insgesamt so viele Verluste an Gefallenen und Vermissten, wie sie die Wehrmacht allein durch die Schlacht von Stalingrad zu verzeichnen hatte.

Die Anerkennung dieser entscheidenden Leistungen der Sowjetunion bei der Niederringung des Dritten Reichs durch die Westalliierten und die Angst vor einer Fortsetzung des Krieges brachten Stalin als gleichberechtigtes Mitglied an den Verhandlungstisch der Anti-Hitler-Koalition. Dass damit Freiheit und Demokratie für Osteuropa und für Millionen Ostdeutsche auf Jahrzehnte verwehrt bleiben und die Neuordnung Europas rasch in den Kalten Krieg münden würde, der erst mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland 1990 und der Auflösung der Sowjetunion 1991 endete, befürchteten damals allerdings nur wenige.

Die Sowjetunion erhob wie die anderen Mächte frühzeitig Forderungen auf umfassende Reparationen für die erlittenen Kriegsschäden.⁴ Nicht zuletzt zur Untermauerung der Ansprüche der UdSSR auf Wiedergutmachung nahm 1942 die „Außerordentliche Staatliche Kommission zur Feststellung und Untersuchung der Verbrechen der deutschen faschistischen Eindringlinge“ ihre Arbeit auf. Sie veröffentlichte im September 1945 einen von Stalin persönlich genehmigten Abschlussbericht, der das Ausmaß der von der deutschen Wehrmacht in den besetzten Gebieten der Sowjetunion verursachten Zerstörungen dokumentieren sollte. Im Januar 1944 legten die sowjetischen Volkskommissariate „Wunschlisten“ zu deutschen Betrieben an, deren Demontage sie zum Wohle der sowjetischen Wirtschaft als erforderlich ansahen. Insgesamt, rechneten sowjetische Experten, könne Deutschland jährlich Reparationen im Wert von 70 bis 75 Milliarden Dollar leisten. Der Sowjetunion ging es bei den Verhandlungen um die Reparationen um die Erfüllung ihrer Ansprüche auf Wiedergutmachung, aber auch um die Ausschaltung des Deutschen Reiches als europäische Großmacht durch eine radikale Verkleinerung des deutschen Industriepotentials. Deutschland sollte auf den Lebensstandard der Sowjetunion herabgedrückt werden, ein aus Sicht der UdSSR, die Millionen Opfer und enorme Schäden durch den Krieg erlitten hatte, selbstverständliches Anliegen.

Zunächst versuchten die sowjetischen Vertreter vergleichsweise rigorose Forderungen gegenüber ihren Alliierten durchzusetzen. Der Leiter der Sonderkommission Reparationen, Iwan M. Maisky, forderte am 5. Februar 1945 in Jalta u.a. Reparationen im Wert von 10 Milliarden US-Dollar, eine Reduzierung der deutschen Industriekapazität auf 20% müsse

4 Vgl. Laufer, Jochen: Politik und Bilanz der sowjetischen Demontagen in der SBZ/DDR 1945–1950, in: Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944–1949. Hintergründe, Ziele und Wirkungen, hrsg. von Jochen Laufer und Rainer Karlsch unter Mitarbeit von Friederike Sattler, Berlin 2002, S. 31–77, hier S. 33–36.

für das Überleben der Bevölkerung ausreichen. Zusätzlich sollten 2 bis 3 Millionen Deutsche bis zu zehn Jahren Zwangsarbeit in der Sowjetunion leisten.⁵ Diese Pläne und vor allem die Konzentration auf die Demontage von Sachwerten entsprangen u.a. Theorien des ungarischen Ökonomen Eugen Varga.⁶ Sie basierten allerdings auf unrealistischen Annahmen und waren von wenig Rücksicht gegenüber den Besiegten gekennzeichnet. In ihren planwirtschaftlichen Axiomen ignorierten Varga und die sowjetischen Experten nicht zuletzt die gewachsene Verflechtung der deutschen Wirtschaft, die ohne drastische Folgen nicht einfach um über 50% reduziert werden konnte. In Jalta einigten sich die Alliierten 1945 gleichwohl grundsätzlich über Reparationen in Form 1. der Demontage von Industrieeinrichtungen, 2. von regelmäßigen Entnahmen aus der laufenden Produktionen und 3. durch die Gestellung deutscher Arbeitskräfte für den Wiederaufbau.

Im Gegensatz zu den radikalen sowjetischen Plänen avancierten ähnlich weitgehende Überlegungen, etwa des amerikanischen Finanzministers Henry M. Morgenthau, niemals zur offiziellen Grundlage westallierter Politik. Auch die britischen Experten waren umsichtiger und erinnerten sich zudem an die katastrophalen Folgen der von den Deutschen als besonders hart empfundenen alliierten Reparationspolitik nach dem Ersten Weltkrieg. Sie war ein wesentlicher Grund dafür, dass die Stabilisierung der Weimarer Demokratie misslang und die Nationalsozialisten die „nationale Demütigung“ der Bestimmungen des Versailler Vertrages als Vehikel zu ihrer Machtergreifung am 30. Januar 1933 nutzen konnten.

1945 basierte die britische Politik auf den ökonomischen Erfordernissen einer vernetzten Wirtschaft und sollte vor allem eine jahrelange Alimentierung der Besatzungszonen vermeiden. Die Deutschen hatten selbst für sich zu sorgen, und deshalb durfte die deutsche Industriekapazität auf dem zivilen Sektor nicht allzu stark reduziert werden. Stellen somit Großbritannien und die USA früh und in wachsendem Maße den Erhalt einer funktionierenden deutschen Wirtschaft in das Zentrum der Reparationsfrage, ging es der Sowjetunion bis 1947 vor allem um die Sicherstellung und die Demontage modernster Fertigungsmaschinen zum Nutzen der sowjetischen Wirtschaft und um die Vernichtung und Demontage der Rüstungstechnik. Nach dem Tod des eine harte Behandlung der Deutschen ebenfalls befürwortenden Franklin T. Roosevelts stimmte der britischen Position im Sommer 1945 auch Harry S. Truman zu, sein Nachfolger als Präsident der Vereinigten Staaten. Dies war die entscheidende Voraussetzung für die weitere Entwicklung in der Reparationsfrage, und Stalin stand mit seinem Kurs fortan allein gegen die Westalliierten; nur Frankreich verwirklichte in der eigenen Besatzungszone anfangs ein im Vergleich zu der Reparationspolitik Englands und der USA härteres Vorgehen.⁷

5 Karlsch, Rainer F.: Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945–1953, Berlin 1993, S. 23.

6 Vgl. Laufer, Bilanz, S. 34 f.

7 Vgl. Koop, Volker: Besetzt. Französische Besatzungspolitik in Deutschland, Berlin 2005, S. 32–47. Siehe dazu auch Abelshäuser, Werner: Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Frankfurt am Main 1983. „Roosevelt vertrat die Auffassung, dass

Auf westallierter Seite hatte man Verständnis für das Bedürfnis der Sowjetunion, Kompensation für die erlittenen Zerstörungen zu erhalten. Doch die auf sowjetischer Seite nicht nur mit den Demontagen, sondern mit dem Besatzungsalltag der sowjetischen Streitkräfte verbundenen Ausschreitungen und Plünderungen⁸ stießen auf Ablehnung. In der SMAD und der Roten Armee bestand zudem kein Zweifel an der Berechtigung des verbreiteten Bedürfnisses, Rache an „den Deutschen“ zu nehmen. Viele Rotarmisten und auch hohe Offiziere bereicherten sich, als Rechtfertigung diente häufig die Ausrede, man habe nur die „deutschen Faschisten“ bestrafen und sich nehmen wollen, was diese in der Sowjetunion geraubt hätten.⁹ Der Schaden, den die Exzesse für das Ansehen der Sowjetunion 1945/46 hervorriefen und ihre Bedeutung für den aufziehenden „Kalten Krieg“ waren evident: erst durch das Verhalten vieler Vertreter der sowjetischen Besatzungsmacht in den eroberten ostdeutschen Gebieten verlor die Politik Stalins das Vertrauen auch unter vielen Sympathisanten in den USA, England und Deutschland. Berichte über eine brutale sowjetische Besatzungspolitik beruhten nun auf Meldungen der eigenen Vertreter vor Ort.

In Jalta hatten sich die Alliierten 1945 grundsätzlich über Reparationen in Form der Demontage von Industrieeinrichtungen, von regelmäßigen Entnahmen aus der laufenden Produktion und durch die Gestellung deutscher Arbeitskräfte für den Wiederaufbau geeinigt. Über den Gesamtumfang der Reparationsleistungen wurde jedoch niemals ein Übereinkommen erzielt, weshalb sich alle Beteiligten in den Auseinandersetzungen um die Demontagen und Reparationslieferungen immer wieder auf unterschiedliche Vereinbarungen beriefen und diese oft noch gegensätzlich auslegten. Zu einer konkreten Festlegung der Reparationspolitik kam es auch nicht auf der Konferenz von Potsdam im Juli und August 1945. Die Hauptursache dafür war die Politik der Sowjetunion im Sommer 1945, kurz vor dem Treffen im Potsdamer Cecilienhof.

Die Rote Armee hatte sowohl in den besetzten Ostgebieten des Deutschen Reiches als auch in dem durch ihre Truppen besetzten Berlin Fakten geschaffen. Innerhalb kürzester Zeit demontierte die Besatzungsmacht im Mai und Juni 1945 unter Anleitung von 70 000

den Deutschen kein höherer Lebensstandard als den Sowjetbürgern zugestanden werden sollte. Er brachte als erster die Frage der Nutzung deutscher Arbeitskräfte in die Diskussion.“ Karlsch, S. 24.

- 8 Dazu Münch, Ingo von: „Frau, komm!“ Die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen 1944/45, Graz 2009; Zeidler, Manfred: Kriegsende im Osten. Die Rote Armee und die Besetzung Deutschlands östlich von Oder und Neiße 1944/45, München 1996; Scherstjanoi, Elke (Hrsg.): Rotarmisten schreiben aus Deutschland. Briefe von der Front (1945) und historische Analysen, München 2004.
- 9 Zur Ausnutzung der Sowjetunion durch das Deutsche Reich vgl. Müller, Rolf-Dieter: Das Scheitern der wirtschaftlichen „Blitzkriegsstrategie“, in: Boog, Horst/Förster, Jürgen/Hoffmann, Joachim/Klink, Ernst u.a. (Hrsg.): Der Angriff auf die Sowjetunion, Bd. 4 der Reihe Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Frankfurt am Main 1991, S. 1116–1226; Arnold, Klaus Jochen: Die Wehrmacht und die Besatzungspolitik in den besetzten Gebieten der Sowjetunion: Kriegführung und Radikalisierung im „Unternehmen Barbarossa“, Berlin 2005, S. 242–325.

aus der Sowjetunion entsandten Experten in einer ersten „Trophäenaktion“ Hunderte Einrichtungen und Betriebe, insgesamt 3,6 Millionen Tonnen Ausrüstungen.¹⁰ Die Berliner Westsektoren verloren innerhalb weniger Wochen über 50% ihrer Industriekapazität, mindestens ebenso hoch waren später auch die Verluste im Ostsektor. Gleichzeitig begannen auch die systematischen Demontagen in der gesamten SBZ, die mit unterschiedlicher Intensität bis zum März 1946 andauerten. Die im Sommer 1945 mit sinnlosen Zerstörungen verbundenen Abbaumaßnahmen führten zu Protesten der Westalliierten und stärkten die aufgrund der Schreckensmeldungen aus den durch die Rote Armee besetzten Gebieten ohnehin bestehenden Bedenken, ob die Sowjetunion eine funktionierende deutsche Wirtschaft überhaupt erhalten würde. Der Leiter der amerikanischen Reparationsdelegation, Edwin B. Pauley, konstatierte, dass die Sowjetunion „jedes Gebiet ruinieren würde, sobald es ihrem Zugriff offen stand.“¹¹

Im Juli und August 1945 wurden in Potsdam die Vereinbarungen von Jalta hinsichtlich der Reparationsforderungen eingeschränkt. Deutschland sollte grundsätzlich als wirtschaftliche Einheit behandelt werden, jede Besatzungsmacht aber ihre Reparationen vornehmlich aus der eigenen Zone decken. Sie sollten in Form der Demontage von insgesamt rund 25% der Industrieeinrichtungen erfolgen; über Entnahmen aus der laufenden Produktion und die Gestellung deutscher Arbeitskräfte für den Wiederaufbau in der Sowjetunion wurde keine Einigkeit erzielt. Mit dem Potsdamer Reparationskompromiss war eine wirtschaftliche Orientierung der Zonen an der jeweiligen Besatzungsmacht und – mittelfristig – die ökonomische Teilung Deutschlands vorgezeichnet. Die gemeinsame Kontrolle der Alliierten über die deutsche Wirtschaft konnte aufgrund der radikalen Vorstellungen von den Zielen und Grenzen der Reparationspolitik der sowjetischen Verhandlungspartner von vornherein nicht funktionieren.

Die sowjetischen Demontagen 1945–1948

Die Demontagen von Industriebetrieben und -ausrüstungen durch die UdSSR auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und Berlins 1945–1948 dienten sowohl der Wiedergutmachung eines Teils der Kriegsschäden als auch der Beseitigung des deutschen Kriegspotentials. Der Abtransport der modernsten Industrieanlagen sowie wichtiger Teile der Infrastruktur, insbesondere von Gleis- und Kommunikationsanlagen, hatte jedoch einschneidende Folgen für die Wirtschaft der SBZ und die spätere Entwicklung der DDR. Die Demontagen wurden in mehreren Wellen vorgenommen, nicht selten sind unter großen Anstrengungen der Arbeiter aufgebaute Betriebe einem neuerlichen Abbau zum Opfer gefallen, was innerhalb der Belegschaften zu Unmut führte. Die Haltung vieler Ostdeutscher gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht wurde durch die oft als

10 Karlsch, S. 57. Vor allem eingesammelte Rohstoffe verrotteten nicht selten bis zur systematischen Auflösung der Trophäenlager in den 1950er Jahren.

11 Ebenda, S. 29.

willkürlich und kontraproduktiv empfundenen Maßnahmen grundlegend beeinflusst und nicht ohne Grund wurde dieses Thema in den Nachkriegsjahren kontrovers diskutiert. Allerdings gab es für offenen Protest angesichts drakonischer Strafen der Besatzungsmacht keinen Spielraum, viele Angestellten und Arbeiter zeigten ihre Haltung vielmehr durch Massenflucht in die westlichen Besatzungszonen.

Die verbreitet indolente Haltung innerhalb der SMAD und der für die Demontagen zuständigen Trophäenkommission gegenüber den Besiegten bot den Rahmen für die anfangs rigorosen Demontagen 1945/1946. Von gravierender Bedeutung für die sowjetische Demontagepolitik war außerdem das starre Denken in Kategorien der Planwirtschaft, die zu demontierende Tonnagen vorgab, die erfüllt werden mussten und ein flexibles Vorgehen nicht zuließen. Die Verantwortlichen der SMAD vor Ort konnten sich nicht ohne Gefahr darüber hinwegsetzen, was die deutschen Vertreter rasch erkannten. Einsprüche gegen Demontagen konnten überhaupt nur bei der SMAD in Karlshorst mit einer gewissen Aussicht auf Erfolg vorgebracht werden. Letztlich aber wurden die Grundzüge der Demontagepolitik in Moskau bestimmt, und auch die SMAD in Berlin konnte auf diese Entscheidungen nur begrenzt einwirken. Der Erfolg von Einsprüchen war deshalb zu keinem Zeitpunkt voraussehbar, und allein die Einlegung dokumentiert angesichts der drohenden Strafen ein stupendes Maß an Mut oder auch an Verzweiflung, weil die Beteiligten damit rechnen mussten, vom NKWD als „Saboteure“ der Reparationspolitik zur Verantwortung gezogen zu werden.

Zwischen 1944 und 1948 demontierten Organe der Besatzungsmacht in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und den ehemaligen Ostgebieten in mehreren Demontagewellen insgesamt nahezu 4000 Objekte.¹² Der Schwerpunkt der sowjetischen Demontagepolitik lag in den Jahren 1945 und 1946 auf dem Abbau der Rüstungsindustrie, der gemäß den alliierten Erklärungen von Jalta und Potsdam 1945 zur Entmilitarisierung und als Reparationsleistung für die zuvor durch das Deutsche Reich in den besetzten sowjetischen Gebieten angerichteten Zerstörungen erfolgte.

Folgende, teilweise parallel laufende Phasen lassen sich unterscheiden:

1. Trophäenaktion April bis August 1945,
2. Demontagewelle Sommer 1945 bis Frühjahr 1946,
3. Demontagen vor allem in der Stahl- und Chemieindustrie bis Herbst 1946 und Überführung der 200 wichtigsten Betriebe der SBZ als Sowjetische Aktiengesellschaften in sowjetischen Besitz mit Befehl vom 5. Juni 1946,
4. Demontagen in der Kohlenindustrie von Oktober 1946 bis Frühjahr 1947,

12 Vgl. Laufer, Bilanz, S. 49–55. Darin sind einzelne Transformatorstationen, Gleisstrecken, Betriebsabteilungen u.ä. enthalten. Zu der neu aufgefundenen Demontageliste aus dem Jahr 1948 und der damit verbundenen quantitativen Einordnung der sowjetischen Demontagen vgl. die Einführung zu diesem Inventar.

5. Demontagen im Herbst 1947 im Bereich der Braunkohle-Stromerzeugung sowie systematischer Abbau weiterer Eisenbahnanlagen,
6. Restdemontagen wichtiger Einrichtungen im Frühjahr 1948, wie des Kondensatorenwerks Gera.

Zentrales Kennzeichen der Demontage war vor allem in der Anfangsphase das mit ihr verbundene organisatorische Chaos. Von Abbaumaßnahmen waren nicht nur Rüstungsbetriebe, sondern von Anfang an auch Betriebe der Konsumgüterindustrie betroffen, außerdem größere metallurgische Werke. Es wurde in vielen Fällen keine Rücksicht darauf genommen, ob es sich tatsächlich um eine rüstungswirtschaftlich relevante Fertigung handelte oder um eine vornehmlich zivilen Zwecken dienende Produktion. Die sowjetischen Stellen kämpften unter- und gegeneinander, die eine Dienststelle wusste oft nichts von den Plänen der anderen. Selbst Marschall Sokolowski, Chef der SMAD, verkündete dreimal ein Ende der Demontage, nur um kurz darauf das Gegenteil bekannt zu geben.¹³ Das Interesse an Demontagen in der SBZ änderte sich auch in Moskau rasch und war vor allem abhängig von der Außen- und Deutschlandpolitik Stalins. Einen einschneidenden Wandel konstituierte jedoch die Umwandlung von 200 wichtigen ostdeutschen Betrieben in Sowjetische Aktiengesellschaften (SAG) mit dem Befehl vom 5. Juni 1946. Dieser Befehl war ein klares Zeichen für die Änderung der bisherigen – auf rasche Reparationslieferung durch demontierte Einrichtungen gerichteten – Demontagepolitik und steht für die Absicht Stalins, die SBZ auch in wirtschaftlicher Hinsicht auf lange Sicht zu kontrollieren und für die Zwecke der Sowjetunion zu nutzen.

Zunächst, zwischen 1945 und 1947, konzentrierte sich die sowjetische Politik auf den Abbau wichtiger Industrieeinrichtungen und auf Reparationslieferungen und nahm dabei keine Rücksicht auf den Erhalt von Kapazitäten der Industrie in der SBZ. Diese Politik erwies sich rasch als nachteilig, sowohl für die SBZ als auch für die Erfüllung der Ansprüche der Sowjetunion: die SBZ verlor durch die rigoros vorgenommen Demontagen erheblich an wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und konnte deshalb auch weniger Produkte als Reparation für die erlittenen Kriegsschäden an die Sowjetunion liefern. Die demontierten Einrichtungen rosteten 1945/46 häufig in Trophäenlagern oder Eisenbahnwaggons vor sich hin und konnten in der Sowjetunion aufgrund des Mangels an Experten und technischer Anleitungen selten zielgerichtet verwendet werden. In den Jahren danach änderte die Sowjetunion diese Politik angesichts der schlechten wirtschaftlichen Entwicklung der SBZ, und daraufhin wurden sogar bereits demontierte Anlagen zur Stahlerzeugung zurück in die SBZ verlagert, um eine Produktion vor Ort überhaupt aufrechtzuerhalten.¹⁴

Zu dieser Zeit hatten sich die wesentlichen Ziele der Deutschlandpolitik Stalins geändert. Eine systematische Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des eigenen Besatzungsgebiets wurde angestrebt, sie sollte mit dem sich in den Westzonen seit der Ausgabe der

13 Hierzu siehe Karlsch, S. 70.

14 Ebenda, S. 78.

D-Mark im Sommer 1948 abzeichnenden „Wirtschaftswunder“ – wenigstens zu propagandistischen Zwecken – konkurrieren. Das war auch dringend notwendig. Hunderttausende und oft die besonders gut Ausgebildeten flohen zu dieser Zeit aus der 1949 gegründeten DDR in den Westen. Diese Entwicklung resultierte vor allem aus der inzwischen im Vergleich stark divergierenden Versorgungslage in den Besatzungszonen der sich immer stärker gegenseitig bekämpfenden Alliierten. Noch im Dezember 1949 lagen die Normalverbraucher-Rationen in der SBZ lediglich bei 1800 Kalorien, ein wichtiger Grund für die Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland.¹⁵

Die Demontagen in der SBZ erfolgten vor dem Hintergrund einer systematischen Politik der Sowjetisierung aller Lebensbereiche in Ostdeutschland, insbesondere der Wirtschaft. Diese Politik gewann nicht allein für die Entwicklung der Wirtschaft in der SBZ ausschlaggebende Bedeutung, und sie wurde auf diesem Gebiet vor allem durch die parallele Enteignung und Überführung von rund 10 000 Betrieben in staatlichen Besitz verwirklicht.¹⁶ Vor dem Hintergrund dieses umfassenden Umbaus und der weitgehenden Abschaffung der Privatautonomie zeitigte der systematische Abbau wesentlicher Industriezweige in der SBZ langfristig gravierende Folgen für die ostdeutsche Wirtschaft.

Von den Demontagen waren in größerem Umfang als in den Westzonen nicht allein Rüstungsbetriebe, sondern auch Werke der zivilen Produktion betroffen. Durch die Demontagen sank die Industriekapazität in der SBZ insgesamt um rund 50%, eine schwere Belastung für die spätere Entwicklung der Wirtschaft der DDR.¹⁷ Gravierender war allerdings die drastische Reduktion des Kapitalstocks, worauf Rainer Karlsch hingewiesen hat.¹⁸

Ganz anders entwickelten sich demgegenüber die Demontagen in den Westzonen. Nach anfänglicher Unklarheit und Auseinandersetzungen über die zu verfolgende Politik, wurde im Oktober 1947 eine britisch-amerikanische Demontageliste mit insgesamt 682 Wer-

15 Zur Versorgungslage siehe etwa Widera, Thomas: Dresden 1945–1948. Politik und Gesellschaft unter sowjetischer Besatzungsherrschaft, Göttingen 2004, S. 246–250 und 286–289 und zur Verweigerung der Freigabe von Vorräten Naimark, Norman M.: Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949, Berlin 1997, S. 34 ff.

16 Vgl. Hartisch, Torsten: Die Enteignung von „Nazi- und Kriegsverbrechern“ im Land Brandenburg. Eine verwaltungsgeschichtliche Studie zu den SMAD-Befehlen Nr. 124 vom 30. Oktober 1945 und Nr. 64 vom 17. April 1948. Quellen, Findbücher und Inventare des Brandenburgischen Landeshauptarchivs hrsg. von Klaus Neitmann, Bd. 7, Frankfurt am Main u.a. 1998.

17 Karlsch, S. 88f. Dazu auch Zank, Wolfgang: Wirtschaftsplanung und Bewirtschaftung in der SBZ – Besonderheiten und Parallelen im Vergleich zum westlichen Besatzungsgebiet 1945–1949, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 71, Heft 4 (1984), S. 485–504.

18 Karlsch, Rainer/Laufer, Jochen: Die sowjetischen Demontagen in der SBZ, in: Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944–1949. Hintergründe, Ziele und Wirkungen, hrsg. von Jochen Laufer und Rainer Karlsch unter Mitarbeit von Friederike Sattler, Berlin 2002, S. 19–30, hier S. 25. Siehe dazu auch grundsätzlich Steiner, André: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004.

ken bzw. Industrieeinrichtungen veröffentlicht, der wiederum eine Aufstellung mit 236 Werken für die französische Besatzungszone im November nachfolgte.¹⁹ Die Demontagepolitik in den Besatzungszonen unterschied sich somit bereits in ihrer quantitativen Dimension erheblich, und allein durch die rigorosen sowjetischen Demontagen standen einem raschen wirtschaftlichen Wiederaufbau in der DDR von vornherein zahllose Hindernisse im Weg.

Forschung zu den Demontagen

Die Forschung zu den Demontagen der alliierten Besatzungsmächte in Deutschland war über Jahrzehnte sowohl Teil einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung wie auch Spiegel der politischen Debatten im Zeichen des Kalten Krieges. Erste Studien zu den Demontagen in der SBZ erstellten geflohene Experten, um das Ausmaß des Abbaus von Industrieeinrichtungen durch die verschiedenen Organe der Sowjetunion anzuklagen. Anfangs konzentrierte sich das wissenschaftliche und öffentliche Interesse auf die Feststellung der Kapazitätsverluste, verschiedene Gutachten behandelten zudem die völkerrechtliche Dimension der Reparationspolitik – vor allem in Abwehr der Demontagen.²⁰ Das wichtigste Ziel dieser Ausarbeitungen war es, die Demontagen in Ostdeutschland als Ausdruck einer systematischen Umgestaltung der Gesellschaft zu verurteilen und dafür öffentliche Aufmerksamkeit in den Westzonen zu generieren.

Die Demontagen der westalliierten Besatzungsmächte wurden in zahlreichen Studien zur wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands nach 1945 behandelt, wobei die politischen und wirtschaftlichen Aspekte im Zentrum des Interesses standen. Verschiedene Arbeiten beschäftigten sich insbesondere in den achtziger Jahren mit der Reparationspolitik in den Westzonen.²¹ Dieter Scriverius legte 1981 ein Inventar zu den Demontagen in Nordrhein-Westfalen vor und machte gleichzeitig auf den besonderen Wert dieser Unterlagen aufmerksam, die „ein Bild von den Vorgängen aus deutscher Sicht“ vermittelten.²² Auf diese

19 Vgl. Köchling, Martina: Demontagepolitik und Wiederaufbau in Nordrhein-Westfalen, Essen 1995.

20 Rupp, Franz: Die Reparationsleistungen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Bonn 1951; Harmssen, Gustav-Wilhelm: Am Abend der Demontage. Sechs Jahre Reparationspolitik, Bremen 1951. Siehe die Aufstellung bei Köchling, S. 369–376.

21 Etwa Abelshausen, Werner: Wirtschaft in Westdeutschland 1945–1948. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone, Stuttgart 1975; Nübel, Otto: Die amerikanische Reparationspolitik gegenüber Deutschland 1941–1945, Frankfurt am Main 1980; Petzina, Dietmar (Hrsg.): Wirtschaftspolitik im britischen Besatzungsgebiet 1945–1949, Düsseldorf 1984; Manz, Matthias: Stagnation und Aufschwung in der französischen Zone 1945–1948, Ostfildern 1985, Ludmann-Obier, Marie-France: Die Kontrolle der chemischen Industrie in der französischen Besatzungszone 1945–1949, Mainz 1989.

22 Vgl. Scriverius, Dieter: Demontagen im Land Nordrhein-Westfalen 1946 bis 1951. Spezialinventar zu den im nordrhein-westfälischen Hauptstaatsarchiv Düsseldorf vorhandenen Demontageakten, Siegburg 1981, S. VII.

Arbeit stützt sich auch das vorliegende Inventar zu den sowjetischen Demontagen, das auf diese Weise wichtige Anregungen gewinnen und für eine zielgerichtete Nutzung der Ergebnisse weiterentwickeln konnte.

Durch die Wiedervereinigung der deutschen Staaten mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 erhielt die Forschung zu den Demontagen dann neue Impulse.²³ Der alle gesellschaftlichen Gruppen in den westdeutschen Ländern übergreifende Kampf gegen die Demontagen wurde in der wissenschaftlichen Forschung hervorgehoben, die Betonung lag auf der Konfrontation mit den Besatzungsmächten. Denn im Gegensatz zur SBZ gab es in den westdeutschen Ländern auch öffentlichen Protest, sogar Demonstrationen gegen die von den Besatzungsmächten geplanten Demontagen. Diesen Auseinandersetzungen in Westdeutschland wurde eine „klassenintegrierende“ und stabilisierende Wirkung für die weitere Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zugeschrieben, ein Ergebnis, das mit Blick auf die ostdeutschen Länder noch weiter untersucht werden muss.²⁴ Auch die zumeist schwer zu beurteilenden Handlungsspielräume und die verschiedenen Formen der Kooperation mit der Besatzungsmacht gerieten damals in den Blick der Forschung, und hier versprechen Untersuchungen zu den ostdeutschen Ländern auf der Grundlage der Überlieferung in den deutschen Archiven weiterführende Erkenntnisse.²⁵

In der DDR waren die Ziele und Methoden der sowjetischen Demontagepolitik vor dem Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland euphemistisch präsentiert und nicht kritisch hinterfragt worden.²⁶ Ein Beispiel dafür bietet die Studie von Horst Barthel, in der die grundlegende Bedeutung des Abbaus für die gravierenden Probleme beim Wiederaufbau der Wirtschaft in Ostdeutschland nicht zum Ausdruck kommt. In der DDR diente die Forschung zu diesem Thema nicht zuletzt der propagandistischen Verklärung der Reparationsleistungen, die sich so als Staat präsentieren wollte, der im Gegensatz zu der Bundesrepublik Deutschland seine Verpflichtungen gegenüber der Sowjetunion erfüllt habe. Kritische Beiträge, in denen etwa auf die zwangsweise Deportation von wichtigen Angestellten und Wissenschaftlern in die Sowjetunion zum Zweck des Aufbaus deutscher Einrichtungen verwiesen wurde, fehlten.

Dies änderte sich mit der Studie von Rainer Karlsch, die bis heute wesentliche Studie zu den Demontagen in der SBZ, der das Material erstmals in der Gesamtheit sichtete und eingehend analysierte.²⁷ Er betonte die einschneidende Bedeutung der Demontagen für

23 Siehe Fisch, Jörg: Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg, München 1992; Köchling, passim.

24 Vgl. Kramer, Alan: Die britische Demontagepolitik am Beispiel Hamburgs, Hamburg 1991.

25 Etwa bei Köchling sowie jüngst Lisse, Albert: Handlungsspielräume deutscher Verwaltungsstellen bei den Konfiskationen in der SBZ 1945–1949 (Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Nr. 99), Stuttgart 2003.

26 Vgl. Barthel, Horst: Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR, Berlin 1979.

27 Siehe Karlsch. passim.

die wirtschaftliche Ausgangslage der DDR und lieferte gleichzeitig einen detaillierten Überblick zum Gesamtumfang des Abbaus und auch zur chronologischen und politisch-wirtschaftlichen Einordnung der sowjetischen Besatzungspolitik. Die Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland, die sich vor allem mit der Bedeutung der Demontagen für die wirtschaftliche Entwicklung der SBZ/DDR befasste, griff diese Ergebnisse auf.²⁸ Insgesamt reduzierte sich die Industriekapazität demnach durch die Demontagen in der SBZ auf rund 50% des Standes von 1936.

Erst ein überraschender Archivfund in Moskau stellte die Forschung zu den sowjetischen Demontagen in Ostdeutschland dann auf eine neue Grundlage. 1997 entdeckte Jochen Laufer vom Zentrum für Zeithistorische Forschung im Bestand des Chefs der Zentralen Statistischen Verwaltung der UdSSR in Moskau eine „Liste der demontierten und in die UdSSR aus der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland abtransportierten Betriebe“. Dieser Fund bot Anlass für zwei Treffen deutscher und russischer Archivare und Historiker, die schließlich in einen Sammelband und das DFG-Projekt des Brandenburgischen Landeshauptarchivs und des Zentrums für Zeithistorische Forschung „Sachthematisches Inventar zu den sowjetischen Demontagen in der SBZ und Berlin 1945–1948“ mündeten.²⁹

Überlieferung in den Archiven

Ein Inventar zeichnet sich durch die Konzentration auf klar umrissene Fragestellungen oder Aktenbestände bestimmter Provenienz aus. Auf diese Weise dient es der Forschung und dem öffentlichen oder privatem Interesse, indem es den Arbeitsaufwand zur Sichtung einer Flut von Informationen erheblich verringert und Anhaltspunkte zur Bewertung der Überlieferungslage in Archiven, von Beständen oder einzelnen Akten liefert. Die bei der Erstellung eines Inventars maßgebenden Kriterien sind deshalb für die gewinnbringende Nutzung dieser Hilfsmittel von ausschlaggebender Bedeutung.

Das Inventar zu den sowjetischen Demontagen in der SBZ und Berlin bietet eine systematische Auswertung der Aktenbestände auf der Ministerialebene in den ostdeutschen Hauptstaats- und Landeshauptarchiven, also der Unterlagen der relevanten Ministerien der Landes- und Provinzialverwaltungen. Die Beschränkung auf die Unterlagen auf Mi-

28 Vgl. Buchheim, Christoph: Kriegsschäden, Demontagen und Reparationen. Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. II/2, Baden-Baden 1995, S. 1030–1069.

29 Vgl. das Vorwort von Klaus Neitmann und Jochen Laufer in diesem Band sowie Laufer/Karlsch, Die sowjetischen Demontagen, S. 28 f.; Arnold, Klaus Jochen: „Es wird Ackerland hier gemacht.“ Das DFG-Projekt „Demontagen in der SBZ und Berlin 1945–1948 – Sachthematisches Inventar“, in Archiv und Wirtschaft 39 (2006), Heft 3, S. 129–133.

nisterialebene war aufgrund der Überlieferungslage sinnvoll: 1. In diesen Beständen sind sämtliche Demontagen und die mit dem Abbau verbundenen Fragen aus der Perspektive von Landesverwaltungen und der Betriebe dokumentiert; 2. eine Einbeziehung der Unterlagen unterer Verwaltungsebenen, von Landratsämtern oder einzelnen Betrieben, kann aufgrund der oft umfangreichen Konvolute allein unter zielgerichteter Fragestellung erfolgen. Unterlagen, die Grundzüge der sowjetischen Demontagepolitik oder der Reaktionen der damit befassten deutschen Stellen betreffen, sind in diesen Beständen kaum zu erwarten. Allerdings sind sie für Regionalstudien oder die Erforschung bestimmter Betriebe wertvoll und aus diesem Grunde für Spezialstudien unbedingt einzubeziehen. Das vorliegende Inventar erfasst die Ministerialbestände, die in den folgenden Landeshaupt- und Hauptstaatsarchive Ostdeutschland überliefert sind:

- Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam (BLHA)
- Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt – Abteilung Magdeburg (LHASA, MD)
- Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (StA-D)
- Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar (ThHStA)
- Landeshauptarchiv Schwerin (LHAS)
- Landesarchiv Berlin (LAB)

Einbezogen wurden außerdem die Bestände der Abteilungen Koblenz (BAK) und Berlin-Lichterfelde (BAB) des Bundesarchivs. Die Bestände des Bundesarchivs in Berlin enthalten auch die später in Bestände der DDR-Ministerien integrierten Unterlagen der ehemaligen Zentralverwaltungen, außerdem sind dort die Unterlagen der Zentralen Deutschen Kommission für Sequestrierung und Beschlagnahme und der Deutschen Wirtschaftskommission überliefert.

Aussagekräftige Materialsammlungen zur Einschätzung des Umfangs der Demontagen in der SBZ durch westdeutsche Stellen in den 1950er und 1960er Jahren bieten zudem die Akten des ehemaligen Bundesamts für Wirtschaft und des Gesamtdeutschen Instituts in der Abteilung Koblenz des Bundesarchivs. Im Bestand des Bundesamtes für Wirtschaft befindet sich auch eine Kartei zu Demontagen in der SBZ. Es handelt sich vor allem um Unterlagen des Referats „Auswertung von Belegen über materielle Kriegsfolgen“ des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft. Die Karteien wurden auf der Grundlage der „guten persönlichen Kenntnisse, zahlreicher Betriebsbesuche und mit Hilfe umfangreicher anderer Verbindungen“ der beiden Gutachter Dipl. Ing. Klaus von Hinüber und Dipl. Volkswirt Sigward Nolze zwischen 1949–1951 erstellt. Wenn keine konkreten Informationen zum Abbau bestimmter Betriebe vorlagen, wurde mit „Schlüsselzahlen für den betreffenden Industriezweig“ gearbeitet: „In Einzelfällen konnte dabei auf Grund späterer Informationen festgestellt werden, dass die Ergebnisse nur unwesentlich von den errechneten Werten abweichen.“³⁰ Im Auftrag des Wirtschaftsministeriums wurden insgesamt

30 Reparationskartei für die SBZ mit Anhang „Zusammenstellung der Vermögenswerte, die [...] gemäß SMAD-Befehl Nr. 167 vom 5. Juni 1946 in Berlin (Ost) in das Eigentum der UdSSR überführt wurden.“ B103 Bundesamt für Wirtschaft (BAW), Nr. 432.

57 Gutachten (mit Listen größerer Betriebe) zu den Industriezweigen angefertigt, man ging zunächst von 1275 Demontagen aus. Die auf der Grundlage der Gutachten erstellte Kartei umfasst rund 1200 Betriebe und enthält Angaben zu demontiertem Werten (Maschinen, Gebäuden) und der verbliebenen Anlagen auf der Preisbasis von 1938.³¹ Diese Kartei liefert also nicht etwa genaue Angaben zu den Demontagen in der SBZ, sondern dokumentiert vielmehr das Interesse und spiegelt den Stand des insgesamt eher rudimentären Wissens über den Abbau in Westdeutschland.

Zur Erstellung des Inventars wurden rund 15 000 Akteneinheiten gesichtet und 6 000 Datensätze aufgenommen. Eine vergleichende Übersicht dokumentiert die Ergebnisse der Erfassung und die Verteilung auf die einzelnen Archive:

Archiv	Gesichtete Einheiten	Datensätze
BAB	1 779	866
BAK	60	21
BLHA	2 500	1 067
LHASA, MD	2 110	1 349
StA-D	3 681	1 416
ThHStA	3 300	672
LHAS	1 250	482
LAB	377	89
Insgesamt	15 057	5 962

Wesentliche Unterschiede zwischen den Archiven konnten somit vor allem in der Überlieferungsdichte festgestellt werden, die in spürbarer Abhängigkeit zum Umfang der Demontagen in den Ländern steht und auch eigentümliche Schwerpunkte erkennen lässt. Wurden in Sachsen rund 950 Betriebe demontiert, waren es in Thüringen annähernd 400; stellten die Demontagen für die³² sächsische Landesverwaltung ein wichtiges Problem dar, standen in Thüringen und auch in Mecklenburg-Vorpommern aufgrund der landwirtschaftlich geprägten Wirtschaft die Enteignungen im Vordergrund.³¹ Die unterschiedliche Intensität der sowjetischen Abbaumaßnahmen prägt somit das Bild der Überlieferung.

Als bemerkenswerte Ausnahme in der Dokumentation des Abbaus von Betrieben und Einrichtungen muss die marginale Überlieferung zum Thema im Landesarchiv Berlin gelten. Trotz des enormen Umfangs der sowjetischen Abbaumaßnahmen findet sich in den Unterlagen der verschiedenen Abteilungen des Magistrats der Stadt kaum Material

31 Als Beleg diente u.a. Literatur, etwa Harmsen, Am Abend der Demontage, aus dem Jahr 1951.

32 Vgl. Arnold, Klaus Jochen: Demontagen in der SBZ und Berlin 1945–1948 – Sachthematisches Inventar, in: Archive in Thüringen, Mitteilungsblatt 2/2005, S. 8 ff.

zu den Demontagen.³³ Die Ursache für diese spärliche Überlieferung von Material ist die schnelle Abwicklung der Demontagen durch die Besatzungsmacht im Mai und Juni 1945, die vor der Einrichtung der Viermächteverwaltung und der Sektorengrenzen abgeschlossen werden sollten und bereits vorgenommen wurden, ehe die im Aufbau befindlichen Verwaltungsorgane ihre Arbeit aufnahmen. Sie sind deshalb kaum dokumentiert.³⁴

Bestandsanalyse

Die Bestandsbildung in den Archiven orientierte sich an den zeitgenössischen Strukturen der Landesverwaltungen und jener Ministerien, die vornehmlich mit den Demontagen befasst waren. In den Ländern Thüringen und Brandenburg sind die für die Demontagen wichtigsten Bereiche – Wirtschaft und Arbeit – im Bestand „Ministerium für Wirtschaft und Arbeit“ dokumentiert, in Sachsen-Anhalt im Bestand „Ministerium für Wirtschaft und Verkehr“, in Schwerin in den Beständen „Ministerium für Wirtschaft“ und „Ministerium für Sozialwesen“, in Sachsen wiederum in den Beständen der Ministerien für „Wirtschaft“ und „Arbeit und Sozialfürsorge“. Abhängig von den divergierenden Verwaltungsstrukturen der Länder sind Unterlagen zu den Demontagen deshalb in den Beständen verschiedener Ministerien überliefert, allerdings lassen sich übergreifende Überlieferungsschwerpunkte feststellen. Dies verdeutlicht eine vergleichende Aufstellung für die in allen Ländern wesentlichen Ministerien:

Bestände	Zahl der Datensätze
Ministerpräsidenten	610
Ministerien für Wirtschaft (und Arbeit); Ministerien für Arbeit und Sozialfürsorge/Sozialwesen	3357 ³⁵
Ministerien für Finanzen	650
Ministerien des Innern/AzS des Volkseigentums	746 ³⁶

33 Die Bestände demontierter Betriebe bieten teilweise detaillierte Angaben, bspw. der Bestand der Kodak AG, Köpenick. LAB, A Rep. 250-02-06, Nr. 3, 76, 125, 129, 131, 185, 187 und 188.

34 In den Sitzungsprotokollen der Stadtverordnetenversammlung sind Diskussionen der Parteien über Demontagen dokumentiert: Die Sitzungsprotokolle des Magistrats der Stadt Berlin 1945/46. Bearbeitet und eingeleitet von Dieter Hanauske (Schriftenreihe des Landesarchivs Berlin, 2 Bände, hrsg. von Jürgen Wetzel), Berlin 1995. Vgl. Karl C. Thalheims 1948 erstellte Denkschrift „Kriegszerstörungen und Demontagen in West-Berlin“. BAK, B-103, Nr. 585. Außerdem wurden die Entnahmen in der Zeit zwischen April und August 1945, die rund ein Drittel der demontierten Werte ausmachen, durch die Besatzungsmacht nicht als Reparationsleistung angerechnet. Vgl. Laufer, Bilanz, S. 65 und 71.

35 Für das Bundesarchiv (Berlin-Lichterfelde) sind die Bestände der Ministerien für Schwerindustrie und Maschinenbau einbezogen worden.

36 Enthält auch den Bestand der Zentralen Staatlichen Kommission für Sequestrierung und Beschlagnahme im Bundesarchiv (Berlin-Lichterfelde).

Trotz dieser weitgehend übereinstimmenden Struktur der Landesverwaltungen ist das Material zu den Demontagen der verschiedenen Ministerien in den Ländern aber von unterschiedlicher Aussagekraft. Wurden in einigen Ministerien umfangreiche Sachakten zu Demontagevorgängen angelegt, finden sich in den Unterlagen anderer lediglich mehr oder weniger verstreute Hinweise zu Demontagen. Dies dürfte nicht zuletzt auf das Verbot der Dokumentation des Abbaus durch die Besatzungsmacht zurückgehen,³⁷ das von den Mitarbeitern der Verwaltungen unterschiedlich ausgelegt wurde und das offenbar auch von den Interessen der jeweiligen Führung im Land abhängig war.

Die Sichtung des überlieferten Materials bot die Grundlage zur Erstellung einer sachthemen Systematik für das Inventar. Dabei wurde eine klare und thematisch eingrenzende Zuordnung der Unterlagen durch die Genese der Überlieferung erheblich begünstigt. So konnten übergreifende thematische Überlieferungsschwerpunkte festgestellt werden, die in den jeweiligen Beständen immer wieder auftauchen.

Thema	Material im Bestand
Behandlung der Demontagen durch die Landesverwaltung und die SMA(D)	Ministerpräsident
Gestellung von Arbeitskräften	Ministerien für Wirtschaft und Arbeit, Arbeit und Sozialfürsorge, Sozialwesen
Verrechnung von Demontagen	Ministerium für Finanzen
Einsprüche gegen Demontagen	Ministerium für Wirtschaft, Ministerium des Innern – Amt zum Schutz des Volkseigentums
Demontage von Kabeln, Eisenbahn und Fernmeldeanlagen	Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge, Ministerium für Wirtschaft und Arbeit
Listen und Fragebögen	Ministerpräsident, Ministerien für Wirtschaft, des Innern – Amt zum Schutz des Volkseigentums, IHK

Die Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht hatten auf deutscher Seite die Zentral- und Landesverwaltungen in Berlin und den Ländern zu organisieren. Sie mussten die verschiedenen Anordnungen der Besatzungsorgane umzusetzen, gleichzeitig die Proteste von Betriebsleitungen oder Belegschaften gegen den Abbau ihrer Betriebe entgegennehmen. Sie waren außerdem zur Erläuterung der Demontagepolitik genötigt, während sie

37 Nach der Beschlagnahme sämtlicher Unterlagen bei der Industrie- und Handelskammer in Borna meinte man, dass es sich „ohne Zweifel“ um eine Maßnahme handele, „wichtigste Papiere bzw. Belege für die Zukunft zu beseitigen“. IHK Borna an den Präsidenten, 15.4.1947. StA-D, Rep. 11384, Nr. 525, Bl. 112. Bei der Abteilung Wirtschaft des Berliner Magistrats tauchten sowjetische Offiziere auf und sperrten alle Räume mit Blick auf die Eisenbahn, in anderen wurden Schilder angebracht, die jede Annäherung an die Fenster der Büros mit dem Tode drohten. Magistrat für Berlin/Abt. für Wirtschaft, 10.7.1945. LAB, C Rep. 101, Nr. 280.

mit den zuständigen Stellen zu verhandeln suchten und über die Ziele der Besatzungsmächte keine Klarheit bestand. Außerdem steuerten sie gemeinsam mit den Organen der Besatzungsmacht die öffentliche Sprachregelung und nahmen Einfluss auf die Interpretation der Politik. Die Landesverwaltungen hatten also aus vielen Gründen großes Interesse an der Dokumentation der Demontagemaßnahmen, nicht zuletzt deshalb, um später eventuell Entschädigungen für abgebaute Betriebe und Einrichtungen einfordern zu können.

Die Überlieferung des Themas in den Archiven weist insofern zahlreiche Gemeinsamkeiten auf. So zeigte beispielsweise der thüringische Landespräsident ein großes Interesse an der Dokumentation des Abbaus, obwohl vergleichsweise wenige Betriebe betroffen waren. Dies belegen Ansprachen und Notizen, die auf die Demontagen Bezug nehmen. Insbesondere die Bestände der Ministerpräsidenten und der Ministerien für Finanzen bieten deshalb zahlreiche Dokumente zur Frage der Verrechnung von Demontagen, u.a. Schriftverkehr mit der Zentralfinanzverwaltung und der SMA bzw. der SMAD in Karlshorst. Außerdem enthalten sie Korrespondenz mit den Ministerien, Listen der demontierten Betriebe und Einsprüche gegen die geplanten Abbaumaßnahmen. Sachakten, die sich vornehmlich mit Demontagen beschäftigen, sind jedoch auch hier selten anzutreffen, weil die deutschen Verwaltungen auf Weisung der SMA(D) keine Unterlagen sammeln sollten, die Ansprüche an die Sowjetunion begründen oder das Ausmaß der Demontagen systematisch dokumentieren konnten. Selbst – im Vergleich zum Umfang des Abbaus – unwesentlich scheinende Demontagen versuchte man offenbar mit erheblichem Aufwand zu verschleiern.³⁸ Deshalb taucht das Thema in der Regel im Zusammenhang mit anderen Fragen auf, etwa in den Unterlagen zu Sequestrierungen oder Enteignungen, zum Wiederaufbau von Betrieben oder in Besprechungen und Reden.

Erwartungsgemäß bieten insbesondere die Überlieferungen der Ministerien für Wirtschaft und Arbeit Material zu den Demontagen. Für die Anträge auf Wiederanlauf von Industriebetrieben wurden beispielsweise durch die Wirtschaftsministerien in Sachsen und Thüringen Betriebs- und Sachakten, bei den Ämtern zum Schutz des Volkseigentums im Zuge der Sequestrierungen und Enteignungen Betriebsakten angelegt, in denen sich Einsprüche gegen die Demontage, Fragebögen und Listen finden. Sie bieten detaillierte Angaben über den Zeitraum und den Umfang von Demontagen sowie den Wert der abgebauten Maschinen und Einrichtungen und liefern ein eindrucksvolles Bild der maßgebenden Zwänge, geringen Handlungsspielräume sowie divergierenden Interessen.³⁹

38 Nach dem Ausbau von Fernsprechvermittlungen verweigerten etwa die sowjetischen Stellen eine Anerkennung des Abbaus. Einwohner wurden eingeschüchtert und Postangestellte inhaftiert, damit sie nicht die verantwortliche Einheit angaben. Schließlich wurden die Ermittlungen durch die deutsche Zentralverwaltung ergebnislos eingestellt. BAB, DM 3, Nr. 747 und 748.

39 Vgl. die Datensätze unter den Punkten 5.1.5., 5.1.9. und 7.1.3. Zur Überlieferung im Hauptstaatsarchiv Dresden insbesondere Bresan, Annett: Reparationszahlungen an die Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg im Bundesland Sachsen. Die Überlieferung der Landesregierung Sachsen im Sächsischen Hauptstaatsarchiv. Diplomarbeit am Lehrstuhl Archivwissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin, Kamenz 1993.

Material zu den Demontagen ist in diesen Beständen vor allem in Form von Berichten, Protokollen, Bestandsmeldungen, Eingaben, Fragebögen, Listen, Notizen und persönlichen Schreiben überliefert. Besonders gut dokumentiert sind Einsprüche gegen Demontagen durch die Betriebsleitung oder/und die Belegschaft für Sachsen in den Beständen des Hauptstaatsarchivs Dresden.

Ebenso umfangreiches wie aussagekräftiges Material enthalten die Berichte der Arbeitsämter in den Unterlagen der Ministerien für Arbeit und Sozialfürsorge oder der Ministerien für Wirtschaft und Arbeit, in denen über die Beschaffung von Arbeitskräften für Demontagebefehle der Besatzungsmacht berichtet wird. Häufig finden sich darin auch eingehende Beschreibungen der Umstände und Schwierigkeiten derartiger Einsätze. Auffällig ist hier die dichte Dokumentation der Gestellung von Arbeitskräften für Demontagetarbeiten 1945/46 in den Beständen der Ministerien für Wirtschaft und Arbeit. Diese Überlieferungslage spiegelt die einschneidenden und deshalb alle Ressorts betreffenden Folgen der Aktionen der Besatzungsmacht für die regionale Wirtschaft.

Kurzfristig wurden vor allem im Frühjahr 1946 komplette Gemeinden dienstverpflichtet, die örtlichen Betriebe standen still, Bauern mussten Maschinen verpacken und konnten ihre Felder nicht bewirtschaften. Die Bedingungen, unter denen diese Einsätze erfolgten, waren denkbar schlecht, und die Arbeitsmoral war Gegenstand von Verhandlungen zwischen den Landesverwaltungen und der SMA(D). Ein besonders gut dokumentiertes Beispiel ist die Demontage des Hydrierwerks in Pölitz bei Stettin. Zu den Auseinandersetzungen um die schlechten Arbeitsbedingungen und zur Beschaffung von Arbeitskräften bietet das Inventar fünfzig Datensätze, nicht wenige bezeichnen zudem Sachakten mit mehreren Hundert Seiten.⁴⁰ Es findet sich umfangreiches Material zu den Methoden von Organen und Vertretern der Besatzungsmacht, den Auftritt von Offizieren der Demontagekommissionen oder den verbreiteten Protest der Arbeiter wegen ausbleibender Lohnzahlungen usw.

Neben zahllosen Einsprüchen gegen Demontagen,⁴¹ ist in den Unterlagen der Arbeitsämter auch vorsichtiger Protest dokumentiert. Ein eindrucksvolles Beispiel bietet der Landesdirektor des Amtes für Arbeit- und Sozialfürsorge von Thüringen, Gustav A. Müller. Gegenüber dem anwesenden SMA-Vertreter meinte er über die vermeintlich mangelhaften Arbeitsleistungen: „Wenn der Arbeiter neben seiner schweren und anstrengenden Arbeit in seinem häuslichen Leben mit seiner Familie nur dahinvegetieren kann, wenn er sich keine Kleidung kaufen kann und alles das, was nun einmal zu einem kultivierten Menschen gehört, wenn es ihm nicht vergönnt ist, sich eine Zigarre oder Zigarette zu leisten, weil ihm einfach das nötige Geld dazu fehlt, dann ist es verständlich [...], dass dem Arbeiter die nötige Freude und der nötige Schwung zur Arbeit fehlt.“⁴²

40 Vgl. insbesondere die Datensätze unter Punkt 4.2.4.

41 Diese finden sich jeweils unter dem Punkt „Stand und Folgen der Demontage“.

42 Konferenz der Ämter für Arbeit und Sozialfürsorge/SMA am 1. Juli 1946. ThHStA, LTh, MdI, Nr. 889, Bl. 51 f.

Der Abtransport des Demontageguts bereitete den Verantwortlichen auf allen Seiten große Schwierigkeiten. Das durch den Krieg zerstörte Eisenbahnwesen musste ohnehin zahlreiche Aufgaben für die Besatzungsmacht übernehmen und zusätzlich die Abfuhr der Güter in die Sowjetunion bewältigen. Deshalb wurden zur Unterstützung des Abtransportes Fuhrunternehmen eingesetzt, so 1946 in den Aktionen „Potsdam“ und „Stettin“. Auch diese Aktionen finden ihren Niederschlag in den Unterlagen der Ministerien. Gleichzeitig mussten die modernsten Lokomotiven und Waggons als Reparationsleistung an die Sowjetunion übergeben werden, und 1946 setzte der systematische Ausbau der Eisenbahngleise allen Transporten enge Grenzen. Von diesen Demontagen hat sich die Wirtschaft der DDR letztlich bis zur Vereinigung der deutschen Staaten 1990 nicht erholt, und zum Symbol für die Folgen der Demontagen avancierte für die Menschen in Ostdeutschland im Kalten Krieg der Abbau von Eisenbahngleisen, das fehlende „2. Gleis“.⁴³ Alle wichtigen Reichsbahnanlagen waren durch den Ausbau auf eingleisige Strecken reduziert worden, eine für die Infrastruktur in der DDR gravierende Hypothek, die noch Jahrzehnte nach den Demontagen nicht an frühere Kapazitäten anzuknüpfen vermochte.

Welche Rolle der Abbau im Rahmen eines sozialen Wandels der ostdeutschen Gesellschaft spielte, ist eine Frage, die die Forschung in wachsendem Maße interessiert. So wurden bis September 1945 in Sachsen rund 135 000 Menschen aufgrund der Demontage ihrer Betriebe entlassen, gleichzeitig NSDAP-Mitglieder und Tausende Angestellte als Demontagearbeiter eingesetzt.⁴⁴ Durch die oft als willkürlich und kontraproduktiv empfundenen Demontagen und das rigorose Vorgehen wurde zudem die Haltung der Deutschen gegenüber der Besatzungsmacht erheblich beeinflusst. In der SBZ gab es kaum jemand, der nicht mit den Demontagen von Industrieeinrichtungen in Berührung kam, ob als Arbeiter, Betriebsleiter, Parteifunktionär oder Beamter der Landesverwaltungen. Zwischen 1945 und 1947 war der Einfluss der Demontagen auf die Stimmung der Bevölkerung – neben der Versorgungslage – beträchtlich, die als augenfälliger Ausdruck der zukünftigen sowjetischen Politik begriffen wurden. Schon Einspruch gegen den Umfang oder Hinweise auf eine fehlerhafte Durchführung des Ausbaus konnten der Belegschaft, Werksleitern oder örtlichen Vertretern der Verwaltung als Sabotage ausgelegt und hart bestraft werden. Viele Belegschaften hatten in harter Arbeit ihre demontierten Betriebe wieder aufgebaut und mussten dann die gerade erst aufgebauten Anlagen neuerlich ausbauen und für den Abtransport in die Sowjetunion verladen. Die Demoralisierung durch

43 Vgl. Kühr, Rüdiger: Reparationsverluste und Sowjetisierung des Eisenbahnwesens der SBZ 1945–1949, Bochum 1997 sowie ders.: Die Folgen der Demontagen bei der Deutschen Reichsbahn (DR), in: Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944–1949, S. 473–506.

44 Landesfinanzdirektion, 23. November 1945, Übersicht zur Entlassung von Arbeitskräften in Sachsen 1945. StA-D, Rep. 11376, Nr. 1376. Vgl. Karlsch, Rainer: „Rüstungsprovinz“ und Reparationsressource – Die Demontagen in Sachsen-Anhalt, in: Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944–1949, S. 227–273, hier S. 250 f.; Halder, Winfrid: „Modell für Deutschland“. Wirtschaftspolitik in Sachsen 1945–1948, Paderborn 2001.

die mehrfache Demontage von Betrieben, die von der Belegschaft zuvor unter großen Mühen wiederaufgebaut worden waren, kann deshalb als verbreitetes Phänomen gelten.

In allen Archiven sind zudem Listen demontierter Betriebe erhalten, die einerseits einen Überblick zum Kenntnisstand der deutschen Verwaltungen zu bestimmten Zeitpunkten bieten, andererseits die systematische Erfassung von Demontagen in bestimmten Industriezweigen ermöglichen. Häufig finden sich auch Angaben zum Umfang des Abbaus einzelner Betriebe (in Prozent), die allerdings starken Schwankungen unterlagen und eher als Anhaltspunkt begriffen werden sollten. Hier ist zudem auf die ergänzende Relevanz der sowjetischen Listen zu verweisen, die auch die Bestimmungsorte der demontierten Einrichtungen in der Sowjetunion angeben. Zukünftige Forschung zur Nutzung der demontierten Einrichtungen findet in diesen Angaben wertvolle Anhaltspunkte für weitere Recherchen.

Die Bestände der Industrie- und Handelskammern in den ostdeutschen Ländern wurden für das Inventar ebenfalls berücksichtigt, weil sie Listen der demontierten Betriebe enthalten oder Berichte zum Stand der Demontagen in ihrem Verantwortungsbereich bieten. Ergänzt durch die länderübergreifenden Listen der Zentralverwaltungen, ermöglichen die Übersichten systematische Analysen zur Entwicklung der Demontagen.⁴⁵

Methoden der Erfassung und Verzeichnung

Die Auswahl der gesichteten Bestände und Akteneinheiten erfolgte auf der Basis der zuvor durch die kooperierenden Archive zur Verfügung gestellten Bestandslisten; außerdem beruht sie auf ergänzenden Recherchen, die die im Laufe der Erfassungsarbeit gewonnenen Erfahrungen berücksichtigten. In Kooperation mit den Mitarbeitern der Archive wurden die verfügbaren Listen überarbeitet und ergänzt, außerdem die eventuell relevanten Bestände durch Stichproben auf Material zu den Demontagen gesichtet.⁴⁶ Dabei war zu berücksichtigen, dass der Stand der Bearbeitung und Erschließung des Materials in den Archiven durchaus unterschiedlich ist. Auch die Qualität der Findmittel unterscheidet sich erheblich, so dass auch die Sichtung des Materials ein jeweils unterschiedliches Maß an Aufwand erforderte.

45 Die für das Projekt wesentlichen sowjetischen Listen erwiesen sich als umfassend und wurden mit den Angaben in den Archiven abgeglichen. Siehe die Einführung von Klaus Neitmann und Jochen Laufer.

46 Aus einer Vielzahl größerer und kleiner Erleichterungen, die durch die Archive gewährt wurden, sind die ausführliche Beratung, die Möglichkeit der unbegrenzten Aktenbestellung sowie der Zugriff auf die Originalakten hervorzuheben. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in kurzer Zeit eine große Zahl von Akten durchgesehen werden musste, was für die Benutzer- und Magazindienste spürbare Belastungen zur Folge hatte. Mehrere Archive gewährten Unabhängigkeit von den Öffnungszeiten des Benutzersaals, stellten einen Bearbeitungsraum zur Verfügung, ermöglichten den Zugriff auf interne Datenbanken oder hatten in Vorbereitung auf das Projekt bereits Findmittel erstellt.

Eine thematische Trennung zwischen Demontagen, Abbruchaktionen, Reparationslieferungen, dem Austausch von Maschinen zwischen Betrieben („Maschinenausgleich“) und dem Wiederaufbau von Betrieben ist oft schwer vorzunehmen. Bei der Erfassung wurden ausschließlich Quellen berücksichtigt, die einen unmittelbaren Bezug zur Demontage von kompletten Betrieben, bestimmten Abteilungen oder Anlagen, militärischen Einrichtungen, Metallkonstruktionen oder zum Abbau von Eisenbahngleisen und Fernmeldeanlagen aufwiesen. Vorgänge, die beispielsweise – in indirekter Bezugnahme auf demontierte Betriebe – die Enteignung oder den Wiederaufbau betreffen, konnten angesichts des Umfangs entsprechender Unterlagen nicht systematisch einbezogen werden. Auch grundsätzliche Anweisungen, etwa zur Tarifgestaltung, zu Betriebsräten, zu Urlaub und Arbeitszeiten oder der Umschulung wurden nur aufgenommen, wenn sie einen konkreten Bezug zu Demontagen aufwiesen. Insbesondere die systematische Erfassung der Bilanzen von Demontagebetrieben erwies sich als zu aufwendig. Oft lassen sich hier Angaben zum Wert demontierter Einrichtungen finden. Haushaltspläne, Einzelpläne oder Gesamtaufstellungen enthalten auch im Zuge der Demontagen entstandene Kosten, etwa für Strom- und Wasserlieferungen. Aufstellungen zu Besatzungskosten u.ä. wurden aufgenommen, wenn sich konkrete Angaben zu Demontagekosten oder -schäden finden ließen. In diesen Unterlagen lassen sich auch in späteren Jahren noch Angaben zum Wert der demontierten Einrichtungen oder zu den Kosten des Abbaus finden. Gleiches gilt für die Verwertung der Trophäenlager und Unterlagen der Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG), die noch in den fünfziger Jahren Listen mit Metallen u.ä. aus demontierten Betrieben enthalten. Wenn es um die Feststellung des tatsächlichen Umfangs und Wertes von Demontagen geht, sollten diese Unterlagen zur Ergänzung der über das Inventar zu ermittelnden Quellen hinzugezogen werden.

Die Unterlagen der Hauptverwaltung Reparationen bei der Deutschen Wirtschaftskommission wurden nach ihrer Übernahme durch das Bundesarchiv 1998 sukzessive an die Hauptstaats- und Landeshauptarchive abgegeben.⁴⁷ Aufgrund des unterschiedlichen Bearbeitungsstandes der Konvolute konnten lediglich die Unterlagen im Bundesarchiv und in Sachsen einbezogen werden. Sie bieten – soweit der entstandene Eindruck – überwiegend detailliertes Material zur Erfüllung der Reparationsaufträge durch deutsche Betriebe; detaillierte Angaben zu den Demontagen waren in den gesichteten Konvoluten hingegen nur vereinzelt anzutreffen.⁴⁸

Bei der Erfassung der Bestände in den Archiven haben sich einige wesentliche Kriterien als hilfreich herausgestellt, die aus den verschiedenen Arten der Überlieferung des Materials entwickelt worden sind:

47 Vgl. Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Findbuch zum Bestand 13449, Amt für Reparationen, Außenstelle Dresden. 1945–1953, bearbeitet von Peter Bayer, Dresden 2005.

48 In Sachsen handelte es sich neben Einheiten mit Angaben zur Verrechnung und Bewertung von Demontagen um Bitten zur Rückgabe demontierter Maschinen zur Erfüllung von Reparationsaufträgen.

- *Aktentitel steht in unmittelbarem Zusammenhang mit den Demontagen* (Sachakte);
- *Aktentitel steht in einem mittelbarem Zusammenhang* mit der Demontage bestimmter Betriebe. Dazu zählt der Bezug auf einen Betrieb im Titel. Hinweise auf Demontagen lassen sich in diesem Fall häufig finden, wenn die Laufzeit die Jahre von 1945 bis 1947 umfasst. Beispielsweise in Einheiten zum Wiederaufbau oder zur Übernahme von Betrieben durch Sowjetische Aktiengesellschaften;
- *Aktentitel enthält grundsätzliche Anweisungen*, die Bezug zu Demontagen aufweisen könnten. Etwa Besprechungen mit der SMA, Befehle, Anweisungen und Rundschreiben aller Art und der verschiedenen Ministerien und Abteilungen;
- *Laufzeit der Akteneinheit*. In der SBZ gab es mehrere Demontagewellen, vor allem im Herbst 1945 und im Frühjahr und Sommer 1946. Mitte 1947 erfolgten weitere Demontagen vor allem im Bergbau, 1948 dann der Abbruch militärischer Anlagen bei Abzug von Teilen der Roten Armee. Die Laufzeit war insofern ein grundlegendes Kriterium zur Auswahl der Einheiten, da die Bestände in späteren Jahren nur vereinzelt Material aufweisen.

Nutzung des Inventars

Das Inventar besteht aus zwei Teilen, Generalia und Spezialia, die wiederum nach den ostdeutschen Ländern untergegliedert sind. Im ersten Teil (Generalia) ist das Material nach den wesentlichen sachthematischen Gesichtspunkten geordnet:

- Stand und Folgen der Demontagen
- Arbeitskräfte für Demontagen
- Finanzierung und Kosten von Demontagen
- Demontage von Kabeln, Eisenbahn- und Fernmeldeanlagen
- Listen, Aufstellungen, Fragebögen
- Demontage und Verwendung von Wehrmachts- und Rüstungsobjekten, Trophäenlager und Betrieben

Beispiel für einen Datensatz:

Gliederung: 3.3. *Finanzierung und Kosten der Demontage*

Titel: *Finanzierung der Löhne für Demontagarbeiten (2. Quartal)*

Laufzeit: *Juni 1946*

Enthält: *Aufteilung des Budgets nach Kreisen*

Signatur: *BLHA Rep. 202 A Nr. 94*

Im zweiten Teil (Spezialia) wird das Material zu den demontierten Betrieben nach Ländern und Orten untergliedert gelistet, um die zielgerichtete Recherche zu erleichtern. Die Betriebe sind alphabetisch nach ihren Hauptnamen geordnet, Zweigwerke oder Abteilungen sind unmittelbar angegliedert.

Beispiel für einen Datensatz:

Ort: *Magdeburg*

Betrieb: *Max Bahr AG Sack- und Planfabrik*

Titel: *Demontage des Hauptwerks in Landsberg/Warthe*

Laufzeit: *14. September 1945*

Signatur: *LHASA, MD, Rep. K 6 MfW Nr. 2154*

Zahlreiche Datensätze verweisen auf den Grad (Angaben in Prozent sind vor allem in den Sequesterprotokollen anzutreffen) oder den Umfang der Demontage (etwa den Abbau einer Abteilung). Es handelt sich überwiegend um Angaben auf Fragebögen, die allerdings nur mit Vorsicht genutzt werden können.⁴⁹ Viele Datensätze verweisen außerdem auf eine Erwähnung der Demontage in Reden oder Aufstellungen. Für das Inventar wurden die im Jahr 1945 gültigen Bezeichnungen der Betriebe verwandt. In den Akten tauchen häufig falsche Orts- und Betriebsnamen auf, die u.a. anhand von zeitgenössischen Branchenbüchern verifiziert und angeglichen worden sind, soweit dies möglich war. Nicht vollständig zu entziffernde oder zu verifizierende Bezeichnungen wurden in zweifelsfreien Fällen angepasst, sonst unverändert aufgenommen.⁵⁰ In ungeklärten Fällen wird deshalb Material unter einer anderen Bezeichnung angeführt, was bei der Suche bestimmter Betriebe berücksichtigt werden muss. Über den im Anhang befindlichen Index der Wirtschaftsbetriebe können Ähnlichkeiten ermittelt und die gesuchten Betriebe aufgefunden werden. Dabei kann sowohl über den Index der Betriebe wie auch den Ortsindex gesucht werden. Bei der verknüpfenden Arbeit mit den Indizes ist zu beachten, dass die gleichen Datensätze mehrmals auftauchen können.

Es wurde die in den jeweiligen Archiven gebräuchliche Zitierweise verwendet, die Archivsignaturen werden jedoch ggf. mit Kurztiteln angeführt. Die vollständigen Angaben sind dem Verzeichnis der berücksichtigten Archive und Bestände (s.u.) zu entnehmen. In den Archiven sind einige Bestände bereits verfilmt worden oder werden derzeit bearbeitet. Im Sinne einer einheitlichen Vorgehensweise und unter Berücksichtigung des kontinuierlich fortschreitenden Standes der Verfilmung sind im Inventar ausschließlich die Signaturen der Originalakten angegeben. Bei der Bestellung von Akten sollte deshalb in den Archiven nach eventuell vorhandenen Filmen (Mikrofiches) gefragt oder die verfügbaren Konkordanzen genutzt werden. Einheiten, die personenbezogene Daten enthalten, können zudem noch mit Sperrfristen belegt sein. In diesem Fall sollte ein Antrag auf Aufhebung der Frist gestellt werden.

49 Rainer Karlsch wies bereits darauf hin, dass es im Interesse der Betriebe und einer eventuellen Entschädigung stand, die durch die Demontagen verursachten Schäden möglichst drastisch zu beschreiben. Karlsch, S. 89.

50 Zur Verifizierung dienten u.a. das Ortslexikon der Deutschen Demokratischen Republik, zusammengestellt und erläutert von W. G. Krupkat, Berlin 1958, zahlreiche Demontagelisten sowie die ZZf-Liste.

Archive und Bestände

BAK – Bundesarchiv Koblenz

B 103 – Bundesamt für Wirtschaft

B 137 – Gesamtdeutsches Institut

BAB – Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde

DC 15 – Deutsche Wirtschaftskommission

DG 2 – Ministerium für Schwerindustrie

DG 3 – Ministerium für Maschinenbau

DM 1 – Ministerium für Verkehrswesen

DM 3 – Ministerium für Post- und Fernmeldewesen

DN 1 – Ministerium der Finanzen der DDR

DO 3 – Zentrale Deutsche Kommission für Sequestrierung und Beschlagnahme

DQ 2 – Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung

LAB – Landesarchiv Berlin

C Rep. 001 – Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin

C Rep. 100-05 – Büro des Magistrats

C Rep. 101 – Magistrat von Berlin/Oberbürgermeister

C Rep. 103 – Magistrat von Berlin, Abteilung Arbeit und Berufsausbildung

C Rep. 105 – Magistrat von Berlin, Abteilung Finanzen

C Rep. 106 – Magistrat von Berlin, Abteilung Wirtschaft

C Rep. 800 – Deutsche Treuhandverwaltung

BLHA – Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam

Rep. 201- Landtag

Rep. 202 A – Büro des Ministerpräsidenten

Rep. 202 B – Ministerpräsident, Hauptabteilung Innerdeutscher Handel, Außenhandel, Materialversorgung

Rep. 202 C – Ministerpräsident, Hauptabteilung Wirtschaftsplanung

Rep. 203 – Ministerium des Innern

Rep. 203 AzS – Ministerium des Innern, Amt zum Schutz des Volkseigentums

Rep. 203 AzS BET – Ministerium des Innern, Amt zum Schutz des Volkseigentums

Rep. 204 A – Ministerium der Finanzen

Rep. 206 – Ministerium für Wirtschaft (und Arbeit)

Rep. 280 – Industrie- und Handelskammer

LHAS – Landeshauptarchiv Schwerin

6.11-2 – Ministerpräsident

6.11-3 – Ministerpräsidium, Hauptabteilung Wirtschaftsplanung

6.11-4 – Ministerpräsidium, Hauptabteilung Materialversorgung

6.11-11 – Ministerium des Innern

6.11-14 – Ministerium für Wirtschaft

- 6.11-18 – Ministerium für Finanzen
- 6.11-19 – Ministerium für Sozialwesen
- 6.22-1 – Industrie- und Handelskammer Mecklenburg

LHASA, MD – Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt/Abteilung Magdeburg

- Rep. K 2 MP – Ministerpräsident
- Rep. K 3 MdI – Ministerium des Innern
- Rep. K 5 MdF – Ministerium der Finanzen
- Rep. K 6 MfW – Ministerium für Wirtschaft und Verkehr
- Rep. K 7 MLF – Ministerium für Land- und Forstwirtschaft
- Rep. K 8 MHV – Ministerium für Handel und Versorgung
- Rep. K 21 LKB – Landeskreditbank Sachsen-Anhalt
- Rep. K 31 IW – Industrie-Werke Sachsen-Anhalt
- Rep. K 33 DK1 – Direktorat der Kohlenindustrie
- Rep. K 34 IHK – Industrie- und Handelskammer Sachsen Anhalt

StA-D – Staatsarchiv Dresden

- Rep. 11376 – Landesregierung Sachsen, Ministerpräsident
- Rep. 11377 – Landesregierung Sachsen, Ministerium des Innern
- Rep. 11380 – Landesregierung Sachsen, Ministerium der Justiz
- Rep. 11381 – Landesregierung Sachsen, Ministerium der Finanzen
- Rep. 11384 – Landesregierung Sachsen, Ministerium für Wirtschaft
- Rep. 11391 – Landesregierung Sachsen, Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge
- Rep. 11393 – Landesregierung Sachsen, Ministerium für Handel und Versorgung
- Rep. 11394 – Landesregierung Sachsen, Ministerium für Land- und Forstwirtschaft
- Rep. 11500 – Industrie- und Handelskammer Sachsen
- Rep. 13449 – Amt für Reparationen, Außenstelle Dresden

ThHStA – Hauptstaatsarchiv Weimar

- Landtag – Thüringer Landtag
- Land Thüringen, DNW – Deutsche Notenbank Weimar
- Land Thüringen, IHK – Industrie- und Handelskammer, Hauptgeschäftsstelle Erfurt
- Land Thüringen, MdF – Ministerium der Finanzen
- Land Thüringen, MdI – Ministerium des Innern
- Land Thüringen, MdI, AzS – Ministerium des Innern, Amt zum Schutz des Volkseigentums
- Land Thüringen, MfWuA – Ministerium für Wirtschaft und Arbeit
- Land Thüringen, MP, Büro – Ministerpräsident – Büro des Ministerpräsidenten
- Land Thüringen, MP, HA WP – Ministerpräsident, Hauptabteilung Wirtschaftsplanung – Amt für Regionalplanung
- Land Thüringen, MP, HA Hand – Ministerpräsident, Hauptabteilung Innerdeutscher Handel, Außenhandel und Materialversorgung

Abkürzungen

Abt.	Abteilung
Basa	Fernsprechvermittlung
DZVI	Deutsche Zentralverwaltung der Industrie
FK	Fernkabel
KdF	Kraft durch Freude
RBD	Reichsbahndirektion
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland

A. Generalia

1. Demontagen in der SBZ

1.1. Stand und Folgen der Demontagen

1.1.1. Meldungen und Berichte

Marschall Schukow über die Demontagen 17. November 1945

Enthält: Tagung mit den Präsidenten der Länder und der Zentralverwaltungen
LHAS, 6.11-18 Nr. 55

Produktionsplanung und Demontageaktionen 3. Dezember 1945

Enthält u. a.: Wiederaufnahme der Demontageaktionen, Information der deutschen Stellen über die zu demontierenden Betriebe, uneinheitliche Vorgehensweise und falsche Informationen über den Stand der Demontagen, Probleme bei der Berechnung von Kapazitäten
BAB, DG 2 Nr. 1098

Berichte von Reisen in die Westzonen 1946–1947

Enthält: Reise nach Württemberg und Stuttgart mit Angaben zum Umfang der Demontagen, Liste noch zu demontierender Rüstungsbetriebe, Abbau von Maschinen der Robert Bosch AG und Aufbau eines neuen Betriebes a conto Reparationen im Saargebiet, Verlagerung von Maschinen zu Nebenbetrieben im Westen, Demontage des Weißblechwerks Dinslaken durch die Sowjetunion
StA-D, Rep. 11384 Nr. 117

Unklarheit über die beabsichtigten Demontagen in den Ländern 18. Februar 1946

Enthält u. a.: Kenntnisstand der SMA in den Ländern, Erschwerung des Aufbaus durch die anhaltende Belegung demontierter Betriebe durch die Besatzungsmacht
BAB, DG 2 Nr. 1292

Wiederaufbaupläne nach Bekanntgabe der Demontageliste 3. Mai 1946

LHASA, MD, Rep. K 6 MfW Nr. 6164

Über die Liste der SMAD hinausgehende Demontagen Juni 1946

BAB, DG 2 Nr. 1213

Entwurf für eine Wirtschaftsanalyse 15. August 1946

unter Berücksichtigung der Demontagen
BAB, DG 2 Nr. 1091

Stand der Demontagen 6. September 1946

LHASA, MD, Rep. K 6 MfW Nr. 4320

Demontagen in einem Gutachten–Einordnung durch den Präsidenten der DZV 13. März 1947
StA-D, Rep. 11384 Nr. 470

Empörung in den Westzonen über die Demontage 11. Dezember 1947
Enthält: Reisebericht u. a. über eine Sitzung im Bochumer Verein
BAB, DG 2 Nr. 12718

1.1.2. Pressemeldungen und -artikel

Materialsammlung zur Reparationsfrage 1945–1947
Enthält u. a.: Ausarbeitungen
Enthält v. a.: Zeitungsausschnitte
LAB, C Rep. 101 Nr. 633

Artikel in der Berliner Zeitung über die Demontage der Rüstungsbetriebe 26. Juni 1945
Enthält u. a.: Zeitungsartikel und Manuskripte zum Wiederaufbau mit Hinweisen auf Demontagen
LAB C Rep. 106 Nr. 185

Zeitungsausschnitte über Kontrollratssitzungen Okt. 1945–Jan. 1946
Enthält u. a.: Bereitstellung von Flugplätzen in den Westzonen für den Abtransport von Reparationsgütern durch die Sowjetunion, Durchführung der Potsdamer Beschlüsse über die Demontage von Anlagen als Reparationsleistung, Liste mit dreißig a conto Reparationen zu übergebenen Werken
LAB, C Rep. 101 Nr. 101

Stellungnahme zu einem Artikel der 'Tägliche Rundschau' Dezember 1946
Enthält u. a.: Plan des Kontrollrates, Umfang der erlaubten Produktion, Reduzierung der Demontagen in den Westzonen aufgrund des Abbaus in der SBZ
LAB, C Rep. 101 Nr. 650

Zeitungsausschnitte Dez. 1946–Jan. 1948
Enthält u. a.: Offener Brief amerikanischer Wissenschaftler gegen die Demontage, Demontageliste der britischen und amerikanischen Zone, Angaben des Manchester Guardians über den Umfang der Demontagen in der SBZ nach Industriezweigen (Telegraf), Meldung über den Beginn der Demontage der Brabag und Giesches Erben, Demontage und Industriekapazität in der SBZ
LAB, C Rep. 101 Nr. 650

Zeitungsausschnitte

Jan.–März 1947

Enthält u. a.: „Neue Zeit“ Nr. 72: Forderung des Demontagestops durch den Wirtschaftsverband Maschinenbau, Tägliche Rundschau vom 16. Januar 1947: Marschall Sokolowskij's Befehl zur Einstellung der Demontagen, Erklärung Wilhelm Piecks und Otto Grothewohls sowie Ausarbeitung u. a. zu den Folgen der vorgesehenen Demontage weiterer Kohlengruben

BAB, DG 2 Nr. 1996

Zeitungsausschnitte

Juli–Okt. 1947

LAB C Rep. 106 Nr. 397

Zeitungsausschnitte

1947–1948

Enthält u. a.: Demontage Borsigs, „Auslandsabhängigkeit ersetzt Demontage“, Befreiung dreier Betriebe von der Demontage, Demontage der Henkel-Werke, französische Demontageliste, Wiederaufbau demontierter Werke im Raum Zwickau, Röhrenauftrag für Mannesmann trotz Demontage, Demontageprogramm im Westen, Verbitterung der Bevölkerung, Demontage-Atmosphäre in den Westzonen, Bahn-Demontagen in Thüringen, offener Brief zu den angekündigten Demontagen an General Clay, Gleisdemontagen im Bornaer Kohlenrevier, Bi-Zone fordert Demontagestop

LHASA, MD, Rep. K 6 MfW Nr. 1221

1.1.3. Konferenzen, Erklärungen und Bewertungen**DZVI-Tagung mit den Wirtschaftsabteilungen und den Präsidenten der Handelskammern am 26./27. September 1945**

Sep.–Okt. 1945

Enthält u. a.: Anweisungen der DZV für die Anfertigung von Berichten zur Vorlage bei der SMA und von Listen demontierter Betriebe, Angaben zu Sägewerkskapazitäten und Dachziegelwerken, Stellungnahme Dr. Langs zu den Demontagen im Rundfunk, Berichte und Protokolle mit Stellungnahmen der Vertreter der Länder, Zusicherung der SMA über Erhaltung der lebensnotwendigen Kapazitäten

StA-D, Rep. 11376 Nr. 1372

Besprechungen der Hauptabteilung IV der DZVI

Okt.–Dez. 1945

Enthält u. a.: Äußerungen Marschall Schukows zur Demontage und Unterstützung des Wiederaufbaus durch die SMAD, Zwischenstop der Demontage in der SBZ zur vorläufigen Bilanzierung und Schonung der Transportmittel, Einsetzung von Instruktoren für Betriebsbesuche, Sicherung von Betrieben gegen Demontage und Vorgaben der SMAD, Bedingungen für die Rückgabe von Maschinen, Voraussetzungen zur Stellung von Anträgen auf Schutz gegen Demontage

BAB, DG 2 Nr. 1025

- SMAD-Tagung mit den Zentralverwaltungen
und den Landespräsidenten** 16. November 1945
Enthält u. a.: Demontage lebenswichtiger Betriebe (Solvay-Werke), Äußerungen Marschall Schukows zur Demontage der Rüstungsindustrie und über die Verhinderung von Demontagen im Interesse des Wiederaufbaus
ThHStAW, LTh, Mdl Nr. 204
- Angaben zur Demontagepolitik in einer Rede General Sokolowskij** 1946
BLHA Rep. 202 A Nr. 1
- Rede Walter Ulbrichts auf der Parteikonferenz der SPD** 10. März 1946
Enthält u. a.: Unsicherheit der Menschen durch die Demontage
ThHStAW, LTh, Mdl Nr. 99
- Bewertung der Demontagen durch den Vizepräsidenten der DZVI** 15. März 1946
LHASA, MD, Rep. K 6 MfW Nr. 4684
- Aufstellung eines Industrieplanes unter Berücksichtigung
der Demontagen** 3. Mai 1946
Enthält: Besprechung der DZVI mit den Ländern Thüringen, Sachsen, Provinz Sachsen
ThHStAW, LTh, Mdl Nr. 101
- Ausführungen General Kovals über das Tempo
und den Umfang der Demontagen** 9. Mai 1946
LHASA, MD, Rep. K 6 MfW Nr. 7393
- Länderkonferenz am 3. Juli 1946** Juli 1946
Enthält u. a.: Erstellung von Listen demontierter Betriebe mit Wiederanlaufgenehmigung für die DZVI, Besprechung über die Erfahrungen mit Trophäenlagern, Handhabung der Wiederanlaufgenehmigung für demontierte Betriebe in den Ländern, Folgen der Demontage für die Wirtschaft des Landes Brandenburg, Gesamtzahl der demontierten Betriebe in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt; Zahlen der durch die SMA für den Anlauf freigegebenen Betriebe, Notwendigkeit neuer Betriebserhebungen
BAB, DG 2 Nr. 1036
- Wirtschaftsbesprechung Sachsens,
der Provinz Sachsens und Thüringens** 4. November 1946
Enthält u. a.: Demontagewelle als politisches Moment, systematisches Eintreten für eine Freigabe von Betrieben bei der SMAD, Intervention bei Marschall Sokolowskij, Demontage von Regis und Interesse des Landes Thüringen, bindende Schlußscheine, Feststellung der demontierten Werte
StA-D, Rep. 11376 Nr. 2243

Notiz zu den Erklärungen Marschall Sokolowskijs 15. Januar 1947
am 11. Januar 1947

Enthält u. a.: Einstellung der Demontage gemäß dem Gesuch der SED, Demontage von Kohlengruben unter Rücksichtnahme auf den Wiederaufbau, Umwandlung von zur Demontage vorgesehenen Großbetrieben in SAG
ThHStAW, LTh, MdI Nr. 98

1.1.4. Grundsätzliche Fragen und Anweisungen

Bearbeitung grundsätzlicher Fragen zur Rückgabe 13. August 1945
von Maschinen, Fertigungen und der länderübergreifenden
Zusammenarbeit durch die SMAD

Enthält u. a.: Probleme von Arbeiten und Materiallieferungen für die Brabag Thüringen durch die Berliner Betriebe AEG und Siemens-Schuckert aufgrund der Demontage
ThHStA, LTh, MP, Büro Nr. 1338

Herausgabe fertiger Aufträge und Halbfabrikate 30. August 1945
durch Demontagebetriebe
LHASA, MD, Rep. K 2 MP Nr. 1588

Entwurf der DZV über die Erfassung 28. Oktober 1945
und den Einsatz freier Maschinen
Enthält u. a.: Ausführungsbestimmungen
LHASA, MD, Rep. K 6 MfW Nr. 5388

Rundschreiben der Hauptabteilung IV Jan.–April 1946
Enthält u. a.: Vornahme einer Inventur auf der Grundlage der durch die SMAD bereitgestellten Demontageliste, Aufforderung zur Einsichtnahme bei den Fachreferenten in Karlshorst, Berücksichtigung laufender Demontagen bei der Berichterstattung über den Neuaufbau der Industrie, Einspruch gegen die Demontagen aus sozialpolitischen Gründen, Stellungnahme des Stellvertreters des Chefs der Industrieabteilung der SMAD betr. Anträge auf Wiederanlauf oder Rückgabe von Maschinen
BAB, DG 2 Nr. 1194

Unterbindung der Maschinenumsetzung 3. Januar 1946
durch Bekanntgabe der Demontagen
BAB, DG 2 Nr. 1256

Demontage und die Verbesserung der Arbeit der DZVI 9. Februar 1946
Enthält u. a.: Klarstellung über die noch zu demontierenden und bereits abgebauten Betriebe, Schluß- und Freigabebescheine für den Wiederanlauf, Freigabe von Lagerplätzen und Firmen
BAB, DG 2 Nr. 1091

Wiederanlaufgenehmigungen für demontierte Betriebe 5. Juli 1946
 Enthält v. a.: Sitzung bei der DZVI, Angaben zum Umfang der Demontagen in Thüringen
 StA-D, Rep. 11384 Nr. 617

Erfassung ungenutzter Maschinen 30. Oktober 1946
 Enthält u. a.: Verweigerung der Herausgabe von Maschinen für demontierte Betriebe,
 Maschinen in Trophäenlagern, Demontage von Maschinen bei der SAW Chemnitz trotz
 Schutzbrief der SMA, Schwierigkeiten mit Vertretern der Besatzungsmacht
 BAB, DG 2 Nr. 1011

Anforderung einer Demontageliste durch die SMAD-Abt. für Abrüstung 26. November 1946
 BAB, DG 2 Nr. 1044

Verbesserung der Kooperation bei der Durchführung der SMAD-Befehle 6. August 1947
 Enthält u. a.: Fernschreiben der DZVI, Besprechung in Berlin über Informationsdefizite
 bei den deutschen Dienststellen, Befehlskette der SMAD, Organisation der Zusammen-
 arbeit zwischen SMA und Landesregierung
 LHAS, 6.11-11 Nr. 94

Demontage und Völkerrecht 1. Oktober 1947
 Enthält: Zusammenfassung eines Artikels im Düsseldorfer Wirtschafts-Informations-
 dienst
 StA-D, Rep. 11500 Nr. 869

Kommission der Besatzungsmacht zur Auffindung der vor 1941 an die Sowjetunion verkauften und während des Krieges abtransportierten Maschinen Dez. 1947–Jan. 1948
 Enthält u. a.: Demontage einer Turbine in Werminghoff
 BAB, DG 2 Nr. 10790

Anforderung von Berichten über aufgebaute Betriebe durch den Präsidenten 13. Februar 1948
 Enthält u. a.: Liste der Betriebe nach Industriezweigen
 BAB, DG 2 Nr. 1041

1.1.5. Demontagen im Bergbau und der Kohlen- und Brennstoffindustrie

Graphische Darstellung der Rohkohlenförderung September 1945 bis März 1947 1945–1947
 Enthält u. a.: Angaben zu Demontageverlusten
 StA-D, Rep. 11384 Nr. 1499

- Befehl Marschall Schukows gegen den weiteren Abbau von Bergbaubetrieben** 28. August 1945
StA-D, Rep. 11384 Nr. 1421
- Lageberichte zum mitteldeutschen Kali-, Eisenerz- und Kohlenbergbau** Sep. 1945–Okt. 1946
Enthält u. a.: Oberbergamt Halle, Förderausfälle aufgrund von Demontagen in den Provinzen
ThHStA, LTh, MfWuA Nr. 1199
- Kohlenindustrie** Dez. 1945–Aug. 1947
Enthält u. a.: Einsprüche, Berichte, Verhandlungen, Aufstellungen zu Werken der Ilse-Bergbau AG, insbesondere zur Grube Erika, Renate-Eva, Tagebau Scado, MargaNiemtsch, Ilse-Ost
BAB, DG 2 Nr. 10142
- Bergbau** Jan.–Mai 1946
Enthält u. a.: Mangel an Eisenbahnwagen aufgrund der Gleisdemontage und der Trophäentransporte, Unterbindung von Demontagen (Seilbahn des Kaliwerks Rossleben, Gruben am Büchenberg bei Elbingerode, Eisenerzgruben „Mommel“ und „Stahlberg“ bei Schmalkalden, Grube Zschorlau), Demontage der Gernroder Kleinbahn und Folgen für das Rütgers-Werk in Fluor
BAB, DG 2 Nr. 1259
- Braunkohlenbergbau** 1946–1949
Enthält u. a.: Listen zum Umfang des Abbaus und zum Kapazitätsverlust bei Brikettfabriken, Tagebauen und Gruben, Verzeichnis der demontierten Bergwerksunternehmen, Demontage von Löffelbaggern in Sachsen-Anhalt
BAB, DG 2 Nr. 16365
- Kapazitätsverluste im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau** 30. Januar 1946
BLHA Rep. 206 Nr. 919
ThHStA, LTh, MfWuA Nr. 1166
- Kohlenkonferenzen** März–April 1946
Enthält u. a.: Demoralisierung der Bergarbeiter durch die Demontagen und Mißhandlungen, Ausführungen General Kolesnitschenkos über die Demontagen, Bewertung der Demontagen durch Landesdirektor Frommhold, Dr. Friedensburg über die Bedeutung der Demontagen im Bergbau
ThHStA, LTh, MfWuA Nr. 1170
- Besprechung bei der DZV der Brennstoffindustrie** 20. März 1946
Enthält: Auswirkung der Demontagewelle auf den Bergbau
BLHA Rep. 206 Nr. 899

- Kohlenindustrie** 25. März 1946
 Enthält u. a.: Ausfall an Förderkapazitäten und Gefährdung der Produktion, Erfolgsaussichten des Einspruchs gegen Demontagen, Demontage im Kalibergbau, Einschätzung der neuen Demontagewelle, Mangel an Arbeitskräften im Bergbau und Masseneinsatz für Demontagearbeiten
 BAB, DG 2 Nr. 12971
- Demontierte Zulieferbetriebe der Bergbauindustrie** 4. April 1946
 BAB, DG 2 Nr. 1999
- Kohlenindustrie** Mai 1946–Jan. 1947
 Enthält u. a.: Einsprüche, Berichte für den Tagebau Etzdorf, Grube Otto Scharf-Einheit, Brikettfabrik Paul, Werke der Riebeck'sche Montanwerke AG, Korrespondenz mit der SMAD wegen Verhinderung der Demontage von Ringpressen bei der Fabrik Concordia, Aufstellungen zur Verminderung der Sollleistungen April-Juni 1946 wegen der Demontagen bei Werken der Riebeck'sche Montanwerke AG, Demontage von Ringwalzenpressen in Mitteldeutschland (Profen, Deuben, Concordia)
 BAB, DG 2 Nr. 10143
- Meldungen für die SMAD über die Demontagen bei Tagebauen** 9. Mai 1946
 BAB, DG 2 Nr. 12968
- Zusammenstellung von Angaben über demontierte Tagebaue für die SMAD** 10. Mai 1946
 ThHStA, LTh, MfWuA Nr. 1228
- Drohende Ausfälle bei der Kohlenversorgung u. a. durch Demontagen** 25. Juni 1946
 Enthält u. a.: Intervention des Präsidenten der DZVI
 BAB, DG 2 Nr. 12128
- Tagebaue und Brikettfabriken** November 1946
 Enthält u. a.: Besprechung mit Marschall Sokolowskij über die Demontage des Werkes Werminghoff, Einsprüche des Präsidenten u. a. gegen die Demontage des Tagebaus und der Brikettfabrik Werminghoff, Telegramm mit Dank der Belegschaft
 StA-D, Rep. 11376 Nr. 1383
- Demontagen auf einer Besprechung der Länder** 4. November 1946
 StA-D, Rep. 11384 Nr. 1420

Vorträge auf der Bergbaukonferenz in Leipzig

Dezember 1946

Enthält u. a.: Bewertung der Demontagen durch Vizepräsident Sobottka, Walter Ullbricht, Fritz Selbmann, Herrn Dittrich (Industriegewerkschaft Bergbau) sowie den Chef der Verwaltung für Bergbau und Hüttenwesen der SMAD
BAB, DG 2 Nr. 8039

Reiseberichte zur Kohlenindustrie

1947

Enthält u. a.: MEW-Reservekraftwerk, Gruben Gute Hoffnung, Einheit, Paul, Dora-Helene II, Elisabeth, Herrmann, Tagebau Anna-Süd, Etzdorf, Ilse-Bergbau AG, Friedrich-Ernst, Roberts Hoffnung, Grube Koyne, Brikettfabrik Meurostolln, Marianne V., Cecilie, Einsatz der Belegschaft der Fabrik Alwine für die Demontage des Tagebaus Anna-Süd, Arbeitskräftemangel wegen der Demontage Regis, Werminghoff
BAB, DG 2 Nr. 8045

Förderausfall durch die beabsichtigten Demontagen im Bergbau

Januar 1947

Enthält u. a.: Lage nach der Erklärung Marschall Sokolowskijs vom 15. Januar 1947, Stillstand der Produktion von Leuna und der Buna-Werke im Fall der Demontage der Grube Elise II (Mücheln)
BAB, DG 2 Nr. 1024

Förderausfall durch die Demontage von sieben Kohlengruben

Januar 1947

Enthält u. a.: Stillstand der Produktion des Chemiewerkes Leuna im Fall der Demontage der Grube Elise II (Mücheln-Geiseltal), Planung des Wiederaufbaus
BAB, DG 2 Nr. 1044

Produktions- und Kapazitätsausfall in der Kohlenindustrie

22. Januar 1947

Enthält u. a.: Liste mit Antworten auf Fragen zu den beabsichtigten Demontagen der Gruben Werminghoff, Regis, Anna-Süd, Peter, Elise II und der Brikettfabriken Werminghoff und Regis; Berechnung des Förderausfalls und Frage der Kompensation, Aufstellungen zum Produktions- und Kapazitätsausfall der einzelnen Werke 1946, Umfang der Demontagen bei den Werken, Aufstellungen zur Förderung und Bedarf 1946/1947, Aufstellung zur Demontage von Kraftwerksleistungen in der SBZ und Berlin
BAB, DG 2 Nr. 14514

Stand und Folgen in der Kohlenindustrie

25. Februar 1947

Enthält u. a.: Regis2, Petergrube, Hirschfelde, Weißwasser, Scado
BAB, DG 2 Nr. 12069

Wiederaufbau demontierter Tagebaue

März 1947

BAB, DG 2 Nr. 12717

Denkschrift Präsident Sobottkas über die Kohlenindustrie 15. März 1947

Enthält u. a.: Ausfall durch neue Demontagen seit Februar 1947, Kapazitäten bei Vornahme weiterer Demontagen, Ersatz demontierter Bagger und Geräte und Umstellung der Kohlengewinnung

BAB, DG 2 Nr. 12131

Wiederaufbau und Versetzung von Brikettfabriken April–Juni 1947

Enthält u. a.: Demontage der Altenburger Kohlenwerke, der Fabriken Naumburg I und II, Waidmannsheil und Anna II zum Aufbau der Fabriken Meurostolln, Friedrich-Ernst und Erika, Lauchhammer, Meldung an die DZV der Brennstoffindustrie über noch laufende Demontagen

LHASA, MD, Rep. K 33 DKI Nr. LI/14

Braunkohlenbergbau Mai–Dez. 1947

Enthält v. a.: Besprechung bei der DZV, Einspruch durch den Ministerpräsidenten, Übersicht zu Brikettpressen, Leistungsausfälle aufgrund von Demontagen, Liste der demontierten Gruben und Geräte mit Angaben zum Leistungsausfall, Dauer bis zum Wiederaufbau demontierter Großgeräte in der Sowjetunion, Demontagen bei den Schächten Koyne, Plessa, Elise II, Lauchhammer und der Bubiag, Einsprüche gegen beabsichtigte Demontagen, handschriftliche Besprechungsnotizen u. a. zur Präsentation der Demontagen in der Öffentlichkeit, Artikel „Ist das Planung?“ vom 10. Dezember 1947 und Stellungnahmen zu den möglichen Folgen von Demontagen für die Kohlenversorgung

LHASA, MD, Rep. K 6 MfW Nr. 4393

Anforderung von Berichten über Demontagen in der Brennstoffindustrie 29. Juli 1947

LHASA, MD, Rep. K 33 DKI Nr. LI/13

Auswirkungen auf die Kohlenindustrie der Länder August 1947

Enthält u. a.: Meldungen und Aufstellungen der Direktorate über den Stand von Demontagen mit Listen zu demontierten Baggern, Loks, Turbinen etc., Auswirkungen der Demontagen auf die Stromerzeugung im Lausitzer Revier, Produktionsausfälle in den Ländern, Demontagen im brandenburgischen Bergbau, Besprechungen mit Vertretern der SMAD, Einspruch einer Delegation der Grube Erika und der SED-Hoyerswerda, Demontage von Kraftwerken, Aufstellungen und Übersichtspläne zur Stromversorgung und den Kraftwerksleistungen nach eventueller Demontage, Besichtigungen demontierter Betriebe

BAB, DG 2 Nr. 12042

Neue Demontagen im Kohlenbergbau Aug.–Sep. 1947

Enthält u. a.: Liste der in den Ländern zu demontierenden Objekte, Liste der in Sachen betroffenen Betriebe und Einrichtungen, Demontage Werminghoff, Einspruch und Folgen neuer Demontagen, Glaubwürdigkeit der Politik, Stellungnahme Grotewohls und Treffen mit Marschall Sokolowskij

StA-D, Rep. 11376 Nr. 1385

Gefahren für den Bergbau im Ruhrgebiet–Demontage der Zulieferindustrie 23. Dezember 1947
Enthält: Bericht des Oberbergamtes Dortmund
BAB, DG 2 Nr. 5199

1.1.6. Demontagen in anderen Industriezweigen

Sodalage in Deutschland 1945–1946
Enthält u. a.: Meldewesen für demontierte Betriebe
LHASA, MD, Rep. K 6 MfW Nr. 5080

Berichte über die Industriezweige für September-Dezember 1945 Sep. 1945–Jan. 1946
Enthält u. a.: Versuche zur Verhinderung oder Revidierung von Demontagen
BAB, DG 2 Nr. 1098

Folgen für die Zellstoffherzeugung 2. Oktober 1945
BAB, DG 2 Nr. 8724

Kraftwerke 1946–1947
Enthält u. a.: Kraftwerke Deuben, Junkers-Dessau, Finow, Espenhain, Trattendorf, Aufstellungen zur Demontage von Kraftwerksleistungen in der SBZ und Berlin, Verzicht auf eine Demontage von Kraftwerken in den Westzonen, Auswirkungen der geplanten Demontagen von Kesseln in Thüringen
BAB, DG 2 Nr. 14514

Demontage von achtzehn Papierfabriken in der SBZ März 1946
Enthält u. a.: Schoeller & Bausch
LHAS, 6.22-1 Nr. 31

Sodalage in Deutschland und Kapazitäten vor und nach der Demontage 1. Juli 1946
LHASA, MD, Rep. K 2 MP Nr. 1508

Aufstellungen zur Produktion der Industriezweige im Juni 1946 Juli 1946
Enthält u. a.: Demontagen als Grund für Minderleistungen
BAB, DG 2 Nr. 1181

Aufstellungen zur demontierten Maschinenleistung der Kraftwerke Juli 1946–Jan. 1947
Enthält u. a.: Angaben über den Umfang der Demontagen im Jahr 1945, April/Mai 1946 bis Ende 1946
BAB, DG 2 Nr. 14514

Präzisionsmechanisch-optische Industrie

1. November 1946

Enthält u. a.: Carl Zeiss (Jena)

BAB, DG 2 Nr. 1037

**Umfang des Abbaus und Produktionsminderung
in der Schwerindustrie**

Dez. 1946–Feb. 1947

Enthält u. a.: Formgießereien und Presswerke, Maschinen- und Fahrzeugbau, Demontage der wichtigsten Maschinen beim Industriezweig Eisen-, Blech- und Metallwaren, Umfang des Abbaus bei einzelnen Erzeugnisgruppen der Elektroindustrie, Feinmechanik-Optik, Grundsätzliche Anweisungen über die Berücksichtigung der Demontagen in den Jahres- und Situationsberichten, Anweisungen von SMA-Vertretern zur Aufnahme von Demontagen, Listen der wichtigsten Betriebe;

Enthält auch: Maschinenausgleich in den Ländern im Jahr 1946 mit statistischen Übersichten und Entwürfen für Anweisungen und Rundschreiben

BAB, DG 2 Nr. 1109

Verhinderung von Demontagen im Industriezweig Maschinenbau Dezember 1946

Enthält u. a.: Einschränkung oder Abwendung von Demontagen: Hartung & Jochmann (Berlin), Rudolf Sack (Leipzig), Drescher (Halle), Carl Zeiss (Jena), Schott & Gen. (Jena), Siemens-Reiniger AG (Rudolstadt), Siemens (Zwönitz), Koch & Sterzel (Dresden), Ernst Ludwig (Weixdorf), Dreilindenwerk (Kleinmachnow), Friemann & Wolf (Zwickau), Langbein-Pfannhauser-Werke (Leipzig), Siemens-Plania AG (Berlin-Lichtenberg), Fabriken für Transformatoren und Hochspannungsschaltgeräte (Oberschöneweide), Lindner & Co. (Jecha-Sondershausen), Mansfeld AG (Allstedt), AEG Röhrenwerk (Senftenberg); vollständige Demontage trotz Intervention: Ziehl-Abegg (Berlin-Weißensee), Siemens-Elektrowärme-geräte (Sörnewitz bei Meißen), Eisenwerk (Gröditz), Max Weber (Zittau), Liste mit anlaufenden Betrieben, Verzögerungen bei der Freigabe von Maschinen und Trophäenlager

BAB, DG 2 Nr. 1005

Umfang und Auswirkungen der Demontagen in den Industriezweigen Januar 1947

Enthält u. a.: Erzbergbau, chemische Erzeugnisse, Gummiindustrie (Revidierung der Demontage eines Kaolinwerkes), Dach- und Mauerziegelproduktion mit Liste und Kapazität der fünf größten demontierten Ziegeleien, Zementerzeugung, Ferrolegierungen, Maschinenbau, Ingangsetzung demontierter Maschinenbaubetriebe, Beschränkung von Demontagen bei G. Drescher (Halle) und R. Sack (Leipzig), Liste der demontierten Betriebe des Fahrzeugbaus, Apparatebau, Einschränkung der Demontagen bei der Elektrotechnik Friemann & Wolf (Zwickau), Langbein-Pfannhauser (Leipzig), Siemens-Plania AG (Berlin-Lichtenberg), Lindner & Co. (Jecha-Sondershausen), Mansfeld AG (Allstedt), Fabriken für Transformatoren und Hochspannungsschalter (Berlin-Oberschöneweide), Eisen- und Metallwaren, Bekleidungsindustrie, Schuhfabriken, Zellstoff und Papier

BAB, DG 2 Nr. 1026

Auswirkungen der Demontage im Bereich Maschinenbau in der SBZ Februar 1947

Enthält: Bericht der DZVI

LHAS, 6.11-14 Nr. 13

Treibstoffproduktion in der SBZ nach der Demontage 7. Mai 1947**der Brabag und Zulieferer**

ThHStA, LTh, MfWuA Nr. 164

Aufsatz über die Metallurgie in der Ostzone Juli–Aug. 1947

Enthält u. a.: Liste mit voll- und teildemontierten Betrieben

BAB, DG 2 Nr. 1091

Landeseigene Betriebe September 1947

BAB, DG 2 Nr. 8740

1.1.7. Folgen der Demontagen**Demontagen und Materialbeschaffung für die Kohlenindustrie** 23. August 1945

Enthält: Mitteldeutsche Stahlwerke AG (Lauchhammer), Gußstahlwerk Döhlen (Freital bei Dresden) und Berliner Wagenachsenfabrik (Großenhain)

LHASA, MD, Rep. K 33 DKI Nr. LI/29

Folgen für die Zellstoffherzeugung 2. Oktober 1945

BAB, DG 2 Nr. 8724

Auswirkungen auf die Industrieproduktion April–Juni 1946

Enthält u. a.: Abzug von Arbeitskräften für Demontagen

BAB, DG 2 Nr. 1295

Besprechung der Industriereferenten der Länder 16. April 1946

Enthält u. a.: Verhandlungen mit der SMAD wegen des Ausfalls demontierter Betriebe für die Produktionsauflagen, Sprengung demontierter Betriebe in Brandenburg, Freigabeanträge

ThHStA, LTh, MfWuA Nr. 365

Besprechung bei der DZVI u. a. über Fragen des Wiederaufbaus 3. Mai 1946

Enthält u. a.: Erstellung eines Industrieplanes für Gesamtdeutschland, demontierte Betriebe und Notwendigkeit gemeinsamer Planung

StA-D, Rep. 11384 Nr. 479

- Folgen für die Industrie in der SBZ** 2. September 1946
 Enthält u. a.: Veränderung in der Industriestruktur, Aufstellung zum Anteil der Demontagen am Kapazitätsverlust in den Industriezweigen, Gleisdemontage, kontraproduktive Arbeitsweise der verschiedenen Dienststellen der Besatzungsmacht, unterschiedliche Auslegung von Befehlen
 BAB, DG 2 Nr. 1311
- Demontagen als eine Ursache für die Nichterfüllung des Produktionssolls** 21. September 1946
 BAB, DG 2 Nr. 1194
- Referat 'Wirtschaft und Reichseinheit' auf der Interzonenkonferenz in Bremen** Oktober 1946
 Enthält u. a.: Demontagegefahr, Folgen des Abbaus, Abtransport ohne Anrechnung auf die Reparationsleistungen
 StA-D, Rep. 11376 Nr. 200
- Vizepräsident Busse über einen u. a. durch Demontagen bevorstehenden Bankrott** Nov. 1946
 ThHStAW, LTh, MdI Nr. 112
- Aufnahme der Auswirkungen auf die Kapazität in die Jahresberichte** Dezember 1946
 StA-D, Rep. 11384 Nr. 1063
- Ausarbeitungen und Vorträge** 1947–1948
 Enthält u. a.: Entwurf für die Magistratserklärung Dr. Friedensburgs am 2. Januar 1947 zum Wiederaufbau der Berliner Wirtschaft, Auswirkung der Industrieplanung des Alliierten Kontrollrates, Bedeutung der Demontage der Rheinmetall-Borsig-Werke für Berlin, Demontagen und industriegewirtschaftliche Verhältnisse in der SBZ, Herabsetzung der Kapazität durch Demontagen und Versorgung der Bevölkerung mit Industriewaren, Herabsetzung der Werte für übernommene Maschinen durch die Sowjetunion und Errechnung durch die Landesregierungen, Folgen der Demontagen in der SBZ, Überschreitung des durch den Kontrollrat festgelegten Umfangs der Demontagen
 LAB, C Rep. 101 Nr. 273
- Erklärung Marschall Sokolowskijs vom 15. Januar 1947 (Beendigung der Demontage und Abbau von Kohlengruben)** 23. Januar 1947
 Enthält u. a.: Liste der zu demontierenden Gruben, Herabsetzung der Förderleistung im Bergbau durch Demontagen im Jahr 1946, Folgen der Demontage der Gruben u. a. für die Energieversorgung
 BAB, DG 2 Nr. 1996

1.1.8. Einsprüche gegen Demontagen**Ablehnung des Demontagestops**

Aug.–Dez. 1945

(Rückgabe von Maschinen) durch die SMAD

Enthält u. a.: Bitten des Präsidenten der DZVI im Fall J. Gast KG (Lichtenberg), G. Kärger (Bernau), Hütten Gesellschaft Lohse-Lindhorst-Paxmann GmbH (Oberschöneweide), Berlin-Anhaltische Maschinenbau AG (Dessau), Ablehnung der Überprüfung der Entscheidung durch die SMAD/Abteilung Industrie: Kabelwerke AG (Oberschöneweide) und Draht- und Spulen (Köpenick), Wilhelm Ritterhausen (Neuenhagen), Richard Heinke, Wilhelm Stoll (Torgau), Seniorwerke Busse (Wurzen), Niron-Werke (Beierfeld), Richter & Weinkelt (Gröden), Ofen- und Porzellanfabrik Meißen, Solvay-Werke AG (Bernburg), Akkumulatorenfabrik Afa (Albendorf [?])

BAB, DG 2 Nr. 16899

Unterbindung von Demontagen

September 1945

bei den Mitteldeutschen Stahlwerken

Enthält u. a.: Maximilianhütte Unterwellenborn, Mitteldeutsche Stahlwerke Riesa, Besprechungen mit der SMA, Liste der zur Demontage vorgesehenen Werke

BAB, DG 2 Nr. 1044

Vorgehensweise beim Einlegen von Einsprüchen

20. Oktober 1945

BAB, DG 2 Nr. 1192

**Bitte des Thüringer Landespräsidenten
um Unterstützung bei der Verhinderung
einer vollständigen Demontage der Hescho**

16. November 1945

ThHStA, LTh, MfWuA Nr. 115

**Anweisung zur Einschaltung der DZVI und der SMAD
zur Verhinderung der drohenden Demontage wichtiger Werke
der Baustoffindustrie**

28. Februar 1946

StA-D, Rep. 11384 Nr. 452

Kohlenindustrie

25. März 1946

Enthält u. a.: Ausfall an Förderkapazitäten und Gefährdung der Produktion, Erfolgsaussichten des Einspruchs gegen Demontagen, Demontage im Kalibergbau, Einschätzung der neuen Demontagewelle, Mangel an Arbeitskräften im Bergbau und Masseneinsatz für Demontagearbeiten

BAB, DG 2 Nr. 12971

**Weisung der DZV des Verkehrs über Anträge
auf Aufhebung von Demontagen**

1. Juni 1946

LHASA, MD, Rep. K 6 MfW Nr. 8588

**Auseinandersetzung um negative Äußerungen
eines Mitarbeiters der DZV der Brennstoffindustrie
über die Besatzungsmacht**

26. Juni 1946

Enthält u. a.: Kritik der Demontagemaßnahmen
BAB, DG 2 Nr. 13518

**Wirtschaftsbesprechung Sachsens, der Provinz Sachsen
und Thüringens**

4. November 1946

Enthält u. a.: Vorgehen gegen Demontagen, Intervention in Karlshorst für bindende Schlußscheine, Demontage Regis und Einschaltung des Landes Thüringen, verdeckte Ermittlung des Wertes der Demontagen in den Ländern
StA-D, Rep. 11384 Nr. 630

Verhinderung von Demontagen im Industriezweig Maschinenbau Dezember 1946

Enthält u. a.: Einschränkung oder Abwendung von Demontagen: Hartung & Jochmann (Berlin), Rudolf Sack (Leipzig), Drescher (Halle), Carl Zeiss (Jena), Schott & Gen. (Jena), Siemens-Reiniger (Rudolstadt), Siemens (Zwönitz), Koch & Sterzel (Dresden), Ernst Ludwig (Weixdorf), Dreilindenwerk (Klein-Machnow), Friemann & Wolf (Zwickau), Langbein-Pfannhauser-Werke (Leipzig), Siemens-Plania AG (Berlin-Lichtenberg), Fabriken für Transformatoren und Hochspannungsschaltgeräte (Oberschöneweide), Lindner & Co. (Jecha-Sondershausen), Mansfeld AG (Allstedt), AEG Röhrenwerk (Senftenberg); vollständige Demontage trotz Intervention: Ziehl-Abegg (Berlin-Weißensee), Siemens-Elektrowärmegeräte (Sörnewitz bei Meißen), Eisenwerk (Gröditz), Max Weber (Zittau), Liste mit anlaufenden Betrieben, Verzögerungen bei der Freigabe von Maschinen und Trophäenlager
BAB, DG 2 Nr. 1005

**Sitzung bei der DZVI über den Abbau
weiterer Rüstungsbetriebe**

21. Dezember 1946

Enthält: Folgen und Maßnahmen zur Verhinderung
StA-D, Rep. 11384 Nr. 452

**Einspruch gegen die Sprengung und Demontage von Kasernen
und Lazaretten in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen**

17. März 1947

Enthält u. a.: Anforderung von 4000 Arbeitskräften in Mecklenburg, Liste der betroffenen Städte, Heil- und Pflegeanstalt Stralsund, Beispiel der Weiterverwendung der Kasernen in Thüringen
BAB, DQ 2 Nr. 5

**Einspruch bei der SMAD gegen die Demontage
von Eisenbahnschienen**

Aug.–Sep. 1947

Enthält u. a.: Gründe für den Erhalt bestimmter Strecken, Besprechung mit Herrn Kowal, Folgen eines Ausbaus
BAB, DC 15 Nr. 548

1.1.9. Transport von Demontagegut

1.1.9.1. Organisation und Stand der Transporte

Statistiken zum Einsatz der Eisenbahn 1945–1946 **beim Abtransport von Demontagegütern**

Enthält u. a.: Zahl der in die Sowjetunion gehenden Güterwaggons, zurückgestaute Sondergüterzüge und Zahl der auf Anweisung der SMA eingesetzten Sondergüterzüge, Wagenumlaufzahlen, mit Trophäengüter beladene Wagen, Verladezeiten, Güterwagenverkehr nach Polen

BAB, DM 1 Nr. 308

Organisation der Reparationslieferungen in die Sowjetunion 1945–1948

Enthält u. a.: SMAD-Befehle Nr. 142 (17. November 1945) zur Tätigkeit der Speditionsfirma Lassen und Nr. 60 (12. April 1948) über den Transport und Schutz der Reparationsgüter, Verrechnungen, Übergabenachweise, Schadensersatzpflicht, Organisation von Transporten über Stettin, Definition des Begriffs „Reparationsleistungen“, Meldungen der RBD'en, Formulare, Abfertigung durch die Derutra, Korrespondenz und Befehle der SMAD, Grenzübertrittsstationen, Lieferung von Reparationskohle, Zeitungsausschnitt mit Angaben zum Umfang der Maschinentransporte im Frühjahr 1947

BAB, DM 1 Nr. 30118

Waggongestellung und Beanspruchung durch Trophäenzüge 26. September 1945 BAB, DM 1 Nr. 15

Anweisungen über die Verladung und den Transport von Oktober 1945 **Betriebseinrichtungen**

Enthält u. a.: Befehl Nr. 36 des Chefs der Transportabteilung der SMAD (3. Oktober 1945) zu Verletzungen der Vorschriften, Vorschrift für die Verladung und den Transport von Betriebseinrichtungen, Anweisung der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn

BAB, DM 1 Nr. 1513

Abtransport von Einrichtungen auf den Konferenzen Okt. 1945–Dez. 1946 **der DZV des Verkehrs**

Enthält u. a.: Stauungen der Eisenbahntransporte in die UdSSR an der Grenze zu Polen, Waggonstellung zu Lasten der Wirtschaft u. a. für den Abtransport von Fabrikeinrichtungen, Beschlagnahme von Schiffsladeraum durch Demontagekommandos, Waggongestellung für Demontagen, Trophäenverkehr, Umlaufzeit der Trophäenwagen und Stockungen bei der Heranführung von Leerwagen, Verbot der Gestellung von O-Wagen für den Trophäenverkehr, Folgen einer Demontage der restlichen Strecke der Kleinbahn Gernrode-Harzgerode, Verkehrsstauungen durch Reparationsgüter, Einsatz freiwerdender Loks aus dem Trophäenverkehr

BAB, DM 1 Nr. 22

Gestellung von Trophäenwagen

Dez. 1945–Dez. 1946

Enthält u. a.: Aufforderung an die Direktionspräsidenten zur Intervention bei den SMA-Dienststellen wegen einer Einschränkung der Trophäenverladung und voller Ausnutzung der bereitgestellten Wagen, Aufhebung durch die Transportabteilung der SMA wegen der Bezeichnung der Trophäenverladung als „unerwünscht“ durch den Präsidenten der DZV des Verkehrs, Verwendung von G-, O- sowie Plattformwagen, Liste der Beutegutverladung bei der RBD Greifswald, Verladung von Fabrikeinrichtungen bei der RBD Dresden im April 1946, Meldungen über die Abstellung von Wagen auf Anordnung BAB, DM 1 Nr. 1451

Aufstellung eines Güterbeförderungsplanes und die Gleisdemontagen

25. Februar 1946

BAB, DM 1 Nr. 129

Probleme bei der Wagenstellung u. a. für Trophäentransporte

März–Juli 1946

Enthält u. a.: Rückgabe von Wagen durch Polen, Folgen der Transporte für den Verkehr in der SBZ

BAB, DM 1 Nr. 1455

Berichte über die Arbeit der Deutschen Reichsbahn in der SBZ

Mai 1946–Aug. 1948

Enthält u. a.: Stand und Auswirkungen der Demontage von Fahrleitungsanlagen und Gleisen, transportiertes Besatzungsgut, Demontagen bei Reichsbahnausbesserungswerken, Rückstau von Trophäenzügen an der Grenze, Wagenverluste an Polen

BAB, DM 1 Nr. 566

Anordnung zur Einrichtung von Kommissionen in den Verladeorten

17. Mai 1946

BAB, DM 1 Nr. 54

Trophäengütertransport auf den Sitzungen des Verkehrsplanungsausschusses

Juni–Okt. 19461

Enthält u. a.: Statistische Übersichten

BAB, DM 1 Nr. 3569

Gestellung von schadhafte Eisenbahnwaggons für Demontagegut

5. Juni 1946

BAB, DM 1 Nr. 57

Befehl Nr. 85 des Chefs der Transportabteilung der SMAD zur Erfüllung des Eisenbahn-Ladeplans für Juni 1946

14. Juni–1. Juli 1946

Enthält u. a.: Waggons für Reparationsgüter, Meldungen der DZV, Beeinträchtigung durch Trophäenzüge, Stockungen bei der Abnahme von Trophäenzügen durch Polen

BAB, DM 1 Nr. 59

- Verladeplan für die Schifffahrt im Juli 1946 u. a. Reparationsgüter** 2. Juli 1946
BAB, DM 1 Nr. 59
- Aufstellung der Reichsbahndirektionen über Materialschäden, Zahl der Toten und Verletzten sowie Schäden an in die UdSSR gehenden Gütern (1. April–30. Juni 1946)** 3. Juli 1946
BAB, DM 1 Nr. 59
- Demontagegut in Ostseehäfen** August 1946
BAB, DM 1 Nr. 828
- Vereinbarungen und Befehle zur Lagerung und zum Transport in den Seehäfen** 1947
Enthält u. a.: Derutra, Entwürfe eines SMAD-Befehls über die Organisation der Seehäfen
BAB, DM 1 Nr. 981
- Sperrung von Eisenbahnstrecken für Frachtgut mit Ausnahme von Demontagegut** 9. April 1947
LHAS, 6.11-14 Nr. 6516
- Statistische Angaben zur Reichsbahn – Trophäentransport 1946–1948** Jan.–April 1948
Enthält u. a.: Anzahl der beladenen und der über die östlichen Grenzübergänge gefahrenen Wagen
BAB, DM 1 Nr. 1737
- Rückgabe von Trophäenwagen und Löschung der Aufschriften** Juli 1950–März 1951
Enthält u. a.: Listen, ungarische, tschechische etc. Wagen
BAB, DM 1 Nr. 1487
- 1.1.9.2. Transportbrigaden und Fernkolonnen**
- Zusammenstellung, Ausrüstung und Verpflegung der Transportbrigaden** 1945–1946
BAB, DM 1 Nr. 1735
- Aufstellung und Organisation der Einsatzbrigaden** Aug.–Nov. 1945
BAB, DM 1 Nr. 30069
- Übergriffe bei den Lokkolonnen in Polen** 1946–1948
Enthält u. a.: Verhaftungen, Mißhandlungen, militärischer Schutz für Transporte
BAB, DM 1 Nr. 1559

Bespannung aller Trophäenzüge durch Polen mit einer Kolonnenlok 27. März 1946
BAB, DM 1 Nr. 50

Verpflegung der Transportbrigaden Dez. 1946–Mai 1948
Enthält u. a.: Verpflegung für die nach Polen fahrenden Fernkolonnen
BAB, DM 1 Nr. 347

Aufbau und Verpflegung der Transportbrigaden, insbesondere der Fernkolonnen 1947
Enthält u. a.: Zweiteilung der Lokkolonnen und Bestimmung von nach Polen fahrenden Fernkolonnen, Aufbau und personelle Zusammensetzung der Transportbrigaden, Verpflegung aus Armeemagazinen, Lagerbestände, Rationen
BAB, DM 1 Nr. 698

1.1.9.3. Abrechnung von Transportleistungen

Abrechnung von Transportleistungen für die sowjetische Besatzungsmacht 1945–1947
Enthält u. a.: Befehle, Richtlinien und Besprechungen der SMAD, DZV des Verkehrs und der Deutschen Reichsbahn; Forderungsnachweise der RBD'en über Trophäentransporte 1945/46, Abrechnung und Abfertigung, Ladefristen für die Be- und Entladung von Güterwagen
BAB, DM 1 Nr. 30281

Vergütung der Beförderungsleistungen für die Besatzungsmächte Aug. 1945–April 1946
Enthält u. a.: Richtlinien, Berichte der RBD'en, Besprechungen mit der SMAD, Wagenstandgeld für die sowjetische Besatzungsmacht
BAB, DM 1 Nr. 30069

Richtlinien über die Abfertigung und Abrechnung von Trannsporten 1946–1947
Enthält auch: Änderungsverfügungen, SMAD-Befehl Nr. 328 zur Bezahlung von Transporten
BAB, DM 1 Nr. 521

Abrechnung von Transportleistungen für die Besatzungsmacht 1946–1949
Enthält u. a.: Befehle, Richtlinien und Besprechungen der SMAD, DZV des Verkehrs und der Deutschen Reichsbahn; Forderungsnachweise der RBD'en, Leistungen der Privat- und Kleinbahnen, Bestimmungen über die Abfertigung und Abrechnung von Transporten der sowjetischen Besatzungsmacht (1. Juni 1948), Abrechnungsvorschrift für den britischen Besatzungsverkehr (1. Juni 1948), Abfertigungsvorschrift für den US-Besatzungsverkehr (1. August 1948), Formblätter
BAB, DM 1 Nr. 30284

- Bezahlung von Gütertransportleistungen für die Besatzungsmacht** 1946–1949
Enthält u. a.: Privat- und Kleinbahnen
BAB, DM 1 Nr. 347
- Anordnung der Abt. Wasserstraßen
der Transportverwaltung der SMAD über die Bezahlung
von Binnenschiffen für die Beförderung von Reparationsgütern** Juni 1946
Enthält u. a.: Pachtsätze, Ausweis, Schleppliste
BAB, DM 1 Nr. 59
- Bezahlung von Transporten für die Besatzungsmacht** Nov. 1946–April 1947
Enthält u. a.: SMAD-Befehl Nr. 328 (27. November 1946) zur Abrechnung und Abfertigung von Transporten sowie Anweisungen der DZV des Verkehrs, Abrechnung von Demontage-Transporten durch die Binnenschifffahrt, Leistungen der Deutschen Reichsbahn
BAB, DM 1 Nr. 65
- Abrechnung von Demontagetransporten der Binnenschifffahrt** 7. Dezember 1946
BAB, DM 1 Nr. 841
- Zusammenstellungen der Reichsbahndirektionen
über Demontage- und sonstige Besatzungskosten
von Mai 1945–Dezember 1946** 1947–1948
Enthält u. a.: Kosten für die Trophäenbeförderung und Zahl der über die östliche Zonengrenze gehenden Güterwagen, Personalaufwendungen für Einsatzbrigaden, Leistungen für Trophäentransporte innerhalb der SBZ, Statistiken, Regelung und Stand der Abgeltung von Transportleistungen
BAB, DM 1 Nr. 434
- Aktion Potsdam – Forderungen von Fuhrunternehmern
für Demontagefahrten 1945/46** 1947–1955
Enthält u. a.: Eingaben, Aufstellungen, Verhandlungen mit der Besatzungsmacht
BAB, DN 1 Nr. 114303
- Beförderungskosten für demontierte Schienen und Schwellen** März–Sep. 1947
BAB, DM 1 Nr. 30282
- Bezahlung der Transporte für die Besatzungsmächte** Mai–Aug. 1947
BAB, DM 1 Nr. 1533
- Abfertigung und Verbuchung von Transporten über
ausgebaute Schienen und Schwellen der Deutschen Reichsbahn** Sep.–Nov. 1947
Enthält u. a.: Vorschriften über die Abfertigung und Abrechnung von Beförderungsleistungen für die sowjetische Besatzungsmacht
BAB, DM 1 Nr. 30110

1.1.9.4. Versandbücher und Frachtbriefe

- Trophäentransporte im April/Mai 1946** April–Mai 1946
 Enthält: RBD Berlin, Brandenburg, Frankfurt/Oder
 BAB, DM 1 Nr. 30152
- Schienen- und Maschinentransporte im Mai 1946 (Berlin)** Mai 1946
 BAB, DM 1 Nr. 30066
- Trophäentransporte im Juni 1946 (RBD Halle)** Juni 1946
 Enthält auch: Aufstellungen und Frachtbriefe über nach Dessau-Wallwitzhafen verladene
 Waggons mit Demontagegut des Heizkraftwerks Ifa
 BAB, DM 1 Nr. 30153
- Trophäentransporte im Juli 1946 (RBD Erfurt)** Juli 1946
 BAB, DM 1 Nr. 30097
- Trophäentransporte im Juli (RBD Erfurt)
 und Sept./Okt. (RBD Berlin) 1946** Juli–Okt. 1946
 BAB, DM 1 Nr. 30156
- Trophäentransporte im Oktober (Berlin u. a.) 1946** Oktober 1946
 BAB, DM 1 Nr. 30154
- Trophäentransporte im Oktober (Frankfurt/Oder) 1946** Oktober 1946
 BAB, DM 1 Nr. 30155

1.2. Arbeitskräfte für Demontagen

1.2.1. Gestellung und Lenkung von Arbeitskräften

- Freigabe von Demontagearbeitern** Dez. 1945–Mai 1947
 Enthält u. a.: Verpflichtung eines Betriebsschlossers und Drohung mit Demontageeinsatz
 durch das Arbeitsamt Teltow, Postangestellte, Ingenieur der Grube „Einheit“
 BAB, DQ 2 Nr. 2035
- SMAD-Befehl Nr. 178 zur Gestellung von 218.000 Arbeitern** 22. Dezember 1945
 BAB, DM 3 Nr. 6429

SMAD-Befehl Nr. 178 zur Gestellung von 218.000 Arbeitern Dez. 1945–März 1946
Enthält u. a.: Auflagen für die Länder und Stand der Bereitstellung, Vereinbarung mit der SMA Sachsen über den Einsatz von 20% weiblicher Arbeitskräfte, Demontage von Dieselanlagen in Berliner Bunkern, Meldungen der Länder, Aufstellung der durch die Ämter und Nebenstellen Mecklenburg-Vorpommerns gestellten Kräfte

BAB, DQ 2 Nr. 2055

Mangel an Arbeitskräften im Bergbau Jan.–Mai 1946

Enthält u. a.: Auseinandersetzung zwischen der DZVI und der DZV für Arbeit und Sozialfürsorge über die Folgen der Demontageeinsätze für den Bergbau, insbesondere in der Provinz Sachsen; Liste der Gruben, Tagebaue etc. in den Ländern mit Angaben zum Arbeitskräftebedarf; Gestellung von Demontagearbeitern im Kreis Zwickau, Versorgungslage von Bergarbeitern, Sonntagsarbeit, Einsatz von Bergarbeitern bei Demontagen

BAB, DG 2 Nr. 9389

Stellungnahme des Präsidenten der DZV 1946

für Arbeit und Sozialfürsorge zur Frage des Einsatzes deutscher Spezialisten in der Sowjetunion

BAB, DQ 2 Nr. 142

Übersichten zur Gestellung von Arbeitskräften für laufende Befehle 1946–1947

Enthält u. a.: Demontagen

BAB, DQ 2 Nr. 2039

Rundschreiben der DZV für Arbeit und Sozialfürsorge März–Juli 1946

Enthält u. a.: Überwachung der Gestellung von Arbeitskräften und Meldung der Befehlsauflagen, Bereitstellung von Arbeitskräften zur Be- und Entladung von Güterwagen, Übermittlung aller SMA-Befehle, bezirklicher und überbezirklicher Ausgleich

LHAS, 6.11-19 Nr. 612

Berichte zur Arbeitsmarktlage in den Ländern März 1946–April 1947

Enthält u. a.: Umfang der gestellten Kräfte und Wiedereingliederung nach Abschluß der Demontage (vor allem in der Provinz Sachsen), Probleme bei der Erfüllung der Auflagen, Einsatz von Frauen und Jugendlichen

BAB, DQ 2 Nr. 4022

Bewertung der Demontagen durch den Vizepräsidenten der DZVI 15. März 1946

Enthält u. a.: Arbeitskräftelenkung

LHASA, MD, Rep. K 6 MfW Nr. 4684

Heranziehung von Bergarbeitern 4. April 1946

BAB, DQ 2 Nr. 2064

Mangel an Arbeitskräften für den Bergbau April–Okt. 1946
aufgrund der Gestellungen

Enthält u. a.: kurzfristige Bereitstellung von 130.000 Arbeitern in der Provinz Sachsen
 BAB, DQ 2 Nr. 2088

Berichte zur Arbeitsmarktlage in den Ländern Mai–Sep. 1946

Enthält u. a.: Kräftegestellung für Befehl 033, Demontage der Heinkel-Werke (Rostock)
 BAB, DQ 2 Nr. 2027

Probleme bei der Lenkung des Demontageeinsatzes 9. Juli 1946

Enthält u. a.: Entlassung oder Verlegung von Kräften ohne Einbeziehung der Arbeitsämter, kurzfristige Anforderungen, Lohnzahlungen, Zunahme der Arbeitsunlust und des Widerstandes
 BAB, DQ 2 Nr. 496

Gesamtzahlen der durch die Landesämter gestellten Kräfte 10. Juli 1946

BAB, DQ 2 Nr. 2204

Einsatz von Demontearbeitern nach Abschluß des Abbaus 12. Juli 1946

Enthält u. a.: Einsatz von Arbeitern in nicht-demontierten Abteilungen bei Betrieben in Sachsen-Anhalt, Hebung der Arbeitsmoral durch Verwendung an den Stammarbeitsplätzen, Überschreitung der Arbeitszeiten bei Demontagebetrieben
 BAB, DQ 2 Nr. 1946

Vorschläge für einen Befehl zur Hebung der Arbeitsmoral August 1946

Enthält u. a.: Punkt „Propagandistische Bekanntmachung über die Begrenzung der Demontagen“, angemessene Fristen zur Gestellung von Arbeitskräften, Ernährung
 BAB, DQ 2 Nr. 964

Betriebsrätekonferenz am 26. Oktober 1946 in Halle Okt.–Nov. 1946

Enthält u. a.: Versorgung von Bergarbeitern im Vergleich zu Demontearbeitern im Zeitz-Weißensefelder Revier, Einsatz von Bergarbeitern für Demontagen
 BAB, DG 2 Nr. 12069

Einsatz von Spezialisten durch die Besatzungsmächte 1. November 1946

Enthält u. a.: Fehler in der Organisation, Umfang der Demontage bei Carl Zeiss und Verlagerung von Spezialisten durch die amerikanische Besatzungsmacht
 BAB, DQ 2 Nr. 125

Zusammenstellung der Befehle zur Gestellung 10. November 1946
von Arbeitskräften 1946

Enthält u. a.: Angaben nach Ländern über abgeschlossene und laufende Befehle, Anzahl der gestellten Kräfte, Zeitraum
 BAB, DQ 2 Nr. 2240

- Befehl der SMAD/Abt. Arbeitskraft zur Gestellung von 2500 Arbeitern für die Besondere Montage-Verwaltung Nr. 5** 12. Dezember 1946
BAB, DQ 2 Nr. 2241
- Übersichten zur Gestellung von Arbeitskräften für laufende Befehle** Feb.–Mai 1947
Enthält u. a.: Demontagen
BAB, DQ 2 Nr. 3
- Übersichten zur Gestellung von Arbeitskräften für laufende Befehle** Feb.–Juni 1947
Enthält u. a.: Befehle 29/083 und 29/378 in der Provinz Brandenburg
BAB, DQ 2 Nr. 5
- Gestellung von Arbeitskräften für laufende Befehle der Besatzungsmacht** 23. Juni 1947
Enthält u. a.: Demontagen
BAB, DQ 2 Nr. 5
- 1.2.2. Löhne, Sozialleistungen und Rechtsfragen**
- Härteausgleich bei Arbeitseinweisungen** 1945–1946
Enthält: Rundschreiben der Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge und der Abteilung Arbeit des Magistrats der Stadt Berlin
LHAS, 6.11-19 Nr. 290
- Härteausgleich bei Demontageeinsätzen** 1946
BAB, DQ 2 Nr. 2777
- Regelung von Arbeitseinweisungen** 1946–1949
Enthält u. a.: Einsatz Jugendlicher bei Demontagen, Strafen für Ablehnung der Arbeit, Zeitungsartikel
BAB, DQ 2 Nr. 1737
- Bitte um Befreiung vom Demontageeinsatz wegen Kaufmannsgehilfenprüfung** 1. April 1946
BAB, DQ 2 Nr. 2064
- Auseinandersetzung um den Einsatz eines Postschaffners** April–Mai 1946
BAB, DQ 2 Nr. 2088

Rechtliche Stellung von Demontageworkern 16. Mai 1946
 Enthält auch: Härteausgleich
 BAB, DQ 2 Nr. 171

Härteausgleich bei Demontageworkern Juni 1946–Juli 1947
 Enthält u. a.: Stundenlöhne, Ausgleichszahlungen, Trennungsgeld, Schaffung eines einheitlichen Montage-Abkommens
 BAB, DQ 2 Nr. 55

Anweisung der DZV zur Heranziehung von Lehrlingen und Umschülern 6. Juli 1946
 StA-D, Rep. 11391 Nr. 178

Unterstützung für die Familienangehörigen der Spezialisten in der Sowjetunion 4. Februar 1947
 BAB, DQ 2 Nr. 546

Bestimmungen über Einweisungen und Verhängung von Ordnungsstrafen März–Juni 1947
 Enthält u. a.: Gesetz über Arbeitseinweisungen und Entwürfe für die Verhängung von Ordnungsstrafen der DZV für Arbeit und Sozialfürsorge, Stellungnahmen der Hauptabteilung der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern
 LHAS, 6.11-19 Nr. 318

Entlohnung der Überstunden Mai–Dez. 1947
 Enthält u. a.: Einsatz von Berliner Baufirmen für die Gleisdemontage
 BAB, DM 1 Nr. 1737

Verhandlungen über rückständige Lohnzahlungen Januar 1948
 Enthält u. a.: Schreiben der DZV für Arbeit und Sozialfürsorge sowie der SMAD-Abteilung Arbeitskraft zur Bezahlung aller aus Demontagen entstandenen Schulden
 LHAS, 6.11-19 Nr. 1576

1.2.3. Verpflegung von Demontageworkern

Verpflegung der Transportbrigaden Dez. 1946–Mai 1948
 Enthält u. a.: Verpflegung für nach Polen fahrende Fernkolonnen
 BAB, DM 1 Nr. 347

Lebensmittelkarten für Schwerarbeiter bei der Kabeldemontage 17. März 1947
 BAB, DM 3 Nr. 2594